

Rezensionen

Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. München: Siedler Verlag 2008, 450 Seiten, 24,95 €.

Die größtenteils geglückte Integration von rund acht Millionen Vertriebenen im westlichen Teil des zerstörten Nachkriegsdeutschlands ging einher mit einem gewaltigen gesellschaftlichen Umschichtungs- und Anpassungsprozeß, in dem die (alte) Bundesrepublik sich tiefgreifend veränderte und modernisierte. Insofern erscheint die Integration aus westdeutscher Optik rückblickend oft als eine Erfolgsgeschichte, in der sowohl „Neubürgern“ als auch Einheimischen beträchtliche Anpassungs- und Eingliederungsleistungen abverlangt worden seien und in der *beide* Gruppen wechselseitig vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert hätten. Dabei geriet nicht selten in Vergessenheit, daß die Vertriebenen in der Regel den schlechteren Part hatten. Die Interessenkonflikte, die unter den Bedingungen des erzwungenen Zusammenlebens aufbrachen, und die Abwehr- und Ausgrenzungsmechanismen, die Einheimische gegenüber den unerwünschten „Fremden“ mobilisierten, wurden – selbst von den Betroffenen – nachträglich verharmlost.

Andreas Kossert, Historiker und Osteuropa-Experte am Deutschen Historischen Institut in Warschau, setzt an dieser Konfliktstruktur an und spitzt sie zur These seines Buches zu: Es sei „an der Zeit“, „die Vertriebenen selbst in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu stellen“ und „mit den Augen der Opfer auf die Ankunftsgeschichte“ zu blicken. Die Vertriebenen hätten, so Kossert, „nicht nur unter Flucht und Vertreibung gelitten [...], sondern auch unter der Hartherzigkeit ihrer Landsleute“. Der „Kampf um die Anerkennung der Vertriebenen als Opfer“ richte sich deswegen „weniger gegen die ostmitteleuropäischen Nachbarvölker als

vielmehr auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft“. Die Vertriebenen hätten für ihre Integration einen hohen Preis bezahlt, nämlich die „Verleugnung ihres Schmerzes und ihre kulturelle Selbstaufgabe“ sowie die Anpassung „im Westen ihres Vaterlandes, das ihnen zur kalten Heimat werden sollte“ (S. 15 f.).

In der Verlagswerbung heißt es, in diesem Buch werde erstmals die schwierige Ankunftsgeschichte der Vertriebenen erforscht und damit ein „blinder Fleck“ in der Nachkriegsgeschichte beleuchtet. Dieser implizite Pauschalvorwurf gegen die Flüchtlingsforschung trifft so nicht zu. Denn die seit den 80er Jahren entwickelten Forschungskonzepte legten gerade besonderen Wert auf die Untersuchung des wechselseitigen Verhältnisses von Vertriebenen und Einheimischen, der generationsübergreifenden Akkulturationsprozesse wie auch der Rolle der Vertriebenen bei der Modernisierung der Nachkriegsgesellschaft. Sie haben auf diesem Forschungsfeld eine ganze Reihe konkreter Studien angestoßen.

Der Verfasser wirft zunächst einen Blick auf die Geschichte der Herkunftsgebiete und fragt nach der Bedeutung, die der historische deutsche Osten für die Deutschen heute überhaupt noch hat. Er skizziert dann den sich über mehrere Jahre hinziehenden Prozeß von Flucht und Vertreibung vor dem Hintergrund des vom NS-Regime ausgehenden Vernichtungskrieges wie auch der Politik der Alliierten. Sehr anschaulich werden die katastrophalen Bedingungen bei der Vertreibung geschildert, deren Leidtragende zumeist Frauen, Kinder und alte Leute waren. Die von Elend, Hunger, Traumatisierung und Schmerz gezeichneten Vertriebenen seien bei den Einheimischen weithin auf Ablehnung, Gleichgültigkeit, Verachtung, Vorurteile und Feindseligkeit bis hin zum offenen Rassismus gestoßen.

Die folgenden Abschnitte behandeln verschiedene Aspekte: die Integrationsbe-

mühungen zwischen Rückkehrhoffnung und Neuanfang; den Lastenausgleich, der letztlich nur eine psychologisch wirksame „sozialpolitische Befriedungsmaßnahme“, aber keine gerechte Lastenverteilung unter Heranziehung der erhalten gebliebenen Vermögen gewesen sei; Bildung und Einfluß von Vertriebenenverbänden und -parteien; kirchliche Aktivitäten für die Heimatvertriebenen; das Aufbrechen konfessionell homogener Milieus sowie die Darstellung von Flucht und Vertreibung in Literatur und Medien. Im Abschnitt zum „kulturellen Erbe“ werden schließlich einzelne Vertriebenengruppen und ihre heutige Kontaktpflege zur alten Heimat vorgestellt.

In der SBZ drängte die SMAD, so Kosser, noch stärker als die US-Militärverwaltung im Westen, auf Assimilation. Bereits 1948 erklärte die SED die Integration der hier gestrandeten 4,5 Millionen „Umsiedler“ als abgeschlossen. Die Spielräume für eine soziale Umverteilungspolitik zugunsten der Vertriebenen waren in der SBZ/DDR wie im Westen durch Rücksichten auf die Egoisten der (alleingesessenen) Mehrheitsgesellschaft, aber auch aufgrund der geringen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit begrenzt. Selbst die Bodenreform war nicht primär auf die besonderen Bedürfnisse der Vertriebenen zugeschnitten.

Kosser's Darstellung stützt sich vor allem auf eine Auswertung der neueren Forschungsliteratur. Die vielen Zitate und Beispiele machen das Buch anschaulich und vielschichtig; aus ihren Kontexten herausgelöst, erscheinen sie manchmal freilich auch beliebig collagiert. Störend sind häufig gebrauchte Verallgemeinerungen wie „die“ Vertriebenen, „die“ Einheimischen usw. Die eingefügten Bildseiten zerreißen immer wieder den Lesefluß. In dieser Hinsicht hätte man dem Buch eine sorgfältigere redaktionelle Betreuung gewünscht.

Ute Schmidt

Spurný, Matěj: Flucht und Vertreibung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Niederschlesien, Sachsen und Nordböhmen. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung und Brücke/Most-Stiftung 2008, 215 Seiten, kostenlos.

Autor der vorliegenden Dreiländer-Regionalstudie ist der junge tschechische Historiker Matěj Spurný. Er ist Mitglied der Bürgerinitiative „Antikomplex“, die 2002 die aufsehenerregende Foto-Wanderausstellung „Das verschwundene Sudetenland“ erstellte. Spurný befaßt sich erneut mit einem schwierigen, noch kaum bearbeiteten Problem: Flucht und Vertreibung grenzüberschreitend darzustellen, dabei verschiedene Perspektiven einzubeziehen und gängige Täter-Opfer-Bilder in Frage zu stellen. Angeregt durch ein deutsch-tschechisches Schülerprojekt will der Autor über die in allen drei Ländern verdrängte deutsche Geschichte und verschwundene Zivilisation informieren, indem „Sehen und Wissen“ verknüpft werden. Die Studie ist für die politische Bildung geschrieben, nicht für die Forschung.

Spurný stützt sich auf Untersuchungen der neueren Fachliteratur und betont an einigen Stellen zusätzlich die (vernachlässigte) Rolle Stalins und der Roten Armee. Das Buch liegt in deutscher Sprache vor; der gut lesbare Text wird durch rund 50 Fotos, 10 Karten und längere Zitate, vor allem aus Erlebnisberichten, illustriert bzw. ergänzt. Ausdrücklich wird das Einbeziehen von Erinnerungen Betroffener betont. Zielgruppen sind vor allem interessierte Jugendliche. Das Buch ist kostenlos über die Herausgeber, zwei regionale Institutionen der politischen Bildung und Begegnung, zu beziehen.

Einleitend grenzt der Autor die dargestellten Grenzgebiete geographisch ein, begründet die Fokussierung auf 1945 und erläutert die verwendeten Begriffe und Methoden. Bemerkenswert ist, daß er sich

von der teils noch vorherrschenden, euphemistischen Begrifflichkeit aus kommunistischer Zeit absetzt: Er verwendet die Begriffe „Vertreibung“, „Zwangsaussiedlung“ und „Sudetendeutsche“, die sich in der neueren Forschung durchsetzen. Das Buch ist in vier Teile mit weiteren Unterkapiteln gegliedert. Nach kurzer Übersicht über die Vorgeschichte in der Zwischenkriegszeit folgen Einzeldarstellungen der drei Regionen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Spurný kennzeichnet zunächst die unterschiedlichen Ausgangslagen nach dem Ersten Weltkrieg, zum Beispiel die Verluste für Deutschland (Härte des Versailler Vertrags, Gebietsabtretungen) und die Gewinne für Polen und die Tschechoslowakei (staatliche Wieder- bzw. Neugründung, neue Grenzen). Ungelöst blieb die Minderheitenfrage; dieser Konflikt-herd habe auch den Aufstieg der Nationalsozialisten befördert. Spurný beschreibt die unterschiedliche Situation unter dem NS-Regime in Sachsen, Niederschlesien und (seit 1938) im Sudetengebiet sowie in der Tschechoslowakei und in Polen unter deutscher Besatzung. Er stellt fest, die grausamen NS-Verfolgungsmethoden hätten auch die Art der späteren Vertreibungen der Deutschen „teilweise vorbestimmt“.

Der Verfasser rezipiert die These, das 20. Jahrhundert sei ein Jahrhundert der Vertreibungen, teilweise des Genozids, gewesen. Nicht nur Hitler und Stalin, sondern auch damals demokratische Politiker hätten mit dem Ziel, „homogene Gesellschaften“ schaffen zu wollen, im „Transfer“ ganzer Volksgruppen praktikable Mittel der Politik gesehen. Das habe mit sich gebracht, daß Menschenrechte mißachtet und deformiert worden seien.

Die folgenden Kapiteln behandeln die völlig veränderte Lage nach Kriegsende in den drei Grenzregionen. Vergleiche bieten sich an. Die Ausführungen zu Flucht und Vertreibung, zur Ankunft der vertriebenen

Deutschen in Sachsen, zur Zwangsumsiedlung der Ostpolen, zu der in Deutschland wenig bekannten Neubesiedlung der entleerten Gebieten werden ergänzt durch Erinnerungen und Fotos. Sie sind aus den verschiedenen Perspektiven gut nachvollziehbar und bilden den Schwerpunkt des Bandes.

Leider zeigt das Unterkapitel „Der Weg Niederschlesiens in den neuen polnischen Staat“ Schwächen. Der politische Kontext ist hier allerdings am kompliziertesten. Zwar wird erwähnt, daß die polnische Exilregierung in London den zusätzlichen Anspruch auf das rein deutsche Niederschlesien ablehnte. Doch es wird nicht deutlich, daß diese „bürgerliche“ Regierung größtenteils im Exil blieb, während die polnischen Kommunisten unter Bierut und Gomulka bereits seit 1944 den „neuen“ polnischen Satellitenstaat Moskaus errichteten. Dazu gehörte ihr Maximalanspruch auf deutsche Gebiete bis zur westlichen Oder-Neiße-Linie, den sie als „Provisorische Regierung“ bereits ab März 1945 faktisch durchsetzten. Im Rücken der Roten Armee, mit Duldung Stalins und ohne Wissen der Westalliierten wurden noch vor der Potsdamer Konferenz durch „Entdeutschung“ und „Polonisierung“ irreversible Fakten geschaffen. Während es in Zentralpolen zunächst zu politischen Machtkämpfen kam, herrschte in den zuvor deutschen Gebieten fast von Anfang an Gomulka als „Minister der wiedergewonnenen Gebiete“ mit quasi absoluter Macht, auch mit Hilfe anpassungsbereiter Nationalisten. Im Gegensatz zur Tschechoslowakei blieben in Polen die „bürgerliche“ Exilregierung in London und die Exilkommunisten in Moskau verfeindet.

Spurný ist vor allem Spurensucher. Er findet im heute polnischen Breslau interessante Spuren von Lemberger Polen. Diese Suche sollte auch die Spuren von vertriebenen deutschen Breslauern (650 000 ehemaligen Einwohnern) einbeziehen. Der

Autor verweist zu Recht darauf, daß die Nachkriegssituation der Deutschen in Niederschlesien, vor allem das hier errichtete sowjetische und polnische Lagersystem, noch kaum erforscht ist.

In den Kapiteln über Nordböhmen und Sachsen werden die politischen Entwicklungen vor und nach 1945 angemessen einbezogen. Auch die während der Kriegsjahre in den tschechischen und polnischen Exilregierungen entwickelten Pläne zur Vertreibung werden erwähnt. Allerdings geht Spurný dabei nicht auf Edward Beneš ein. Dessen Rolle als Exilpräsident, vor allem seine Kontakte zu Stalin und Gottwald, werden im tschechisch-deutschen Kontext nach wie vor recht unterschiedlich gedeutet. Hilfreich ist die Zusammenstellung der zehn so genannten Beneš-Dekrete, die unter anderem die Internierung und Vertreibung der Deutschen und Ungarn beinhalteten. (Ein Vergleich mit den so genannten Bierut-Dekreten böte sich hier an.) Einen Gegenpol zu den gewaltsam entleerten Vertreibungsgebieten in Nordböhmen und Niederschlesien bildete die Situation in dem bald total überbevölkerten Ankunftsgebiet Sachsen, wo Flüchtlinge und Vertriebene ab 1944/45 massenhaft, zunächst unorganisiert erste Zuflucht suchten – und kaum fanden. Hier macht Spurný deutlich, daß die Lenkung der Flüchtlingsströme, die Organisation der Aufnahmelager und die Versorgung der Vertriebenen in der Hand von SMAD und KPD/SED lagen und mit dem kommunistischen Machtaufbau in der SBZ verbunden waren. (Auch hier bietet sich ein Vergleich an.)

Trotz der Einwände zu Aspekten des politischen Kontextes ist diese an den betroffenen Menschen orientierte und spannend zu lesende Studie eines engagierten Grenzgängers für die politische Bildung sehr zu empfehlen. In dem kurzen Schlußkapitel wird der Leser aufgefordert, sich selbst zu engagieren. Zur Kontaktaufnahme führt Spurný zehn grenzüberschreiten-

de Institutionen auf, die sich (halb-)professionell mit Spurensuchen und Begegnungen befassen. Auch das sind nützliche Hinweise für die politische Bildung.

Bärbel Gafert

Stanek, Tomáš: Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 92. München: R. Oldenbourg Verlag 2007, 390 Seiten, 39,80 €.

„Am 28. Februar 1945 unterzeichnete Präsident Beneš das Dekret über die Bestrafung von NS-Verbrechern, Verrätern und ihren Helfershelfern und über die außerordentlichen Volksgerichte. [...] In einer in Moskau [sic!] getroffenen Rahmenvereinbarung der Exilpolitiker aus London mit den tschechischen Kommunisten verständigte man sich im März 1945 auf das weitere Vorgehen. Die allgemeinen Grundsätze wurden dann im Kapitel IX des am 5. April 1945 in Kaschau (Kosičce) verkündeten Regierungsprogramms verankert.“ Mit diesen drei Entscheidungspunkten kennzeichnet der Verfasser die Ausgangslage der tschechoslowakischen „Strafpolitik“ gegen die „staatlich unzuverlässige Bevölkerung“. Gemeint waren die große deutsche Minderheit, die sich kollektiv schuldig gemacht habe, sowie einzelne tschechische und slowakische „Verräter“.

Tomáš Stanek, ausgewiesener Spezialist für das Nachkriegsschicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei, befaßt sich in der vorliegenden Studie mit einem weiteren politisch heiklen Thema in Tschechien. Dabei handelt es sich um die deutsche Fassung einer bereits 1996 auf Tschechisch erschienenen Untersuchung, die für diese Ausgabe erweitert und aktualisiert wurde. Stanek arbeitete dicht an den tschechischen Quellen, die er in vielen zentralen und regionalen Archiven „heterogen, verstreut und oft unvollständig“ vorfand. Er benutzte gedruck-

te und ungedruckte Quellen und konsultierte über 20 Periodika. Der größte Teil des Textes zeigt eine faktenreich belegte Rekonstruktion des Lagersystems in den ersten Nachkriegsjahren – als Kern der neuen Strafpolitik. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der chronologisch entwickelten institutionellen Lagergeschichte, wobei dem Jahr 1945 besondere Bedeutung zukommt. Stanek betont, daß sich die neue staatliche Strafjustiz ab dem Sommer 1945 allmählich durchsetzte und durch Dekrete und Anweisungen erweitert worden sei. Zuvor hätten außergerichtliche Willkür und Repression unter lokalen Instanzen geherrscht: Nationalausschüsse, sogenannte Volksgerichte, Militär- und Sicherheitskommandos. Sie hätten vollendete Tatsachen geschaffen. Stanek führt hierfür viele Beispiele an.

Im folgenden Kapitel wird der Aufbau einer Vielzahl von Straf- und Internierungslagern bis zum Sommer 1945 beschrieben. Sie waren oft in noch aus der deutschen Zeit stammenden Haftstätten und Lagern (auch in KZs) errichtet worden und hatten nur provisorische Lagerordnungen und selbsternannte Wachmannschaften. Standgerichte und „wilde“ Internierungen füllten sie schnell. Auf über 60 Seiten beschreibt Stanek den durch Gewalttätigkeit und Exzesse geprägten Lageralltag. Selbst Kinder wurden eingesperrt. Stanek widmet den internierten Kindern ein eigenes Kapitel. In Böhmen befanden sich nach seinen Angaben mindestens 4 500 Kinder unter 14 Jahren in Lagern, in Mähren-Schlesien 5 400; 98 Prozent von ihnen waren Deutsche.

In der zweiten Jahreshälfte 1945 begann dann, so Stanek, der eigentliche Ausbau des Lagersystems. Das hatte zwei Gründe: Die Zwangsarbeit wurde erweitert, zudem wuchs das wirtschaftliche Interesse an der Ausnutzung deutscher Arbeitskräfte. Außerdem wurden die Massenabschiebungen zeitweise eingestellt, die „Vorschriften“ erlaubten nur die „freiwillige

Auswanderung“. (Das Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 forderte einen zeitweiligen Stopp der laufenden Vertreibungen. Daraufhin verstärkten Polen und die ČSR den Druck zur „freiwilligen Ausreise“.) Zu den katastrophalen sanitären Verhältnissen in den Lagern, der völlig unzureichenden Ernährung und medizinischen Versorgung kam zusätzlich harte Arbeit. Die Sterblichkeit in den Lagern blieb hoch. Stanek zeigt das an vielen Beispielen, allerdings in einer auffällig distanzierten Sprache. So heißt es zum Beispiel zu der hohen Sterberate: „Die unterlassene Behandlung von Krankheiten zeitigte Folgen.“ Zum Thema Vergewaltigungen liest man: „Das Verhalten von Rotarmisten und Angehörigen des tschechischen Aufsichtspersonals gegenüber Frauen war Ursache für die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten.“ Tabellen machen das Ausmaß der Lager und der Verhaftungen deutlich. So erwähnt der Autor namentlich mehr als 50 Lager mit 1 000 bis 2 000 Insassen, darunter jeweils über 95 Prozent Deutsche. Die unzähligen kleineren Lager sind kaum noch erfaßbar.

Anfang 1946 begann der „systematische Transfer“: 1,75 Millionen Sudetendeutsche wurden in die US-Zone nach Bayern zwangsausgesiedelt und im Juli 1946 weitere 600 000 in die SBZ. Vor dem Abtransport in Güterzügen wurden die Betroffenen in Sammellagern zusammengefaßt; so entstand ein ganzes Netz solcher Durchgangssammellager. Eine letzte Zwangsumsiedlungsaktion setzte 1947/48 ein. Die restlichen, im Grenzgebiet verbliebenen Deutschen siedelte man verstreut im Inneren des Landes an, um die „Assimilierung“ zu beschleunigen. Zu dieser Zeit wurden viele Lager bereits für die Internierung politischer Oppositioneller im Land benutzt.

Einleitend und abschließend geht Stanek auf den politischen Kontext ein. Seine politische Bewertung ist jedoch widersprüchlich. Er kennzeichnet die aggres-

sive deutschfeindliche Stimmung in der Tschechoslowakei nach Kriegsende, die „unweigerlich“ auch „die Einrichtung von Lagern für die Umsetzung der Aussiedlungspläne“ erfordert habe. Der allgemeine moralische Verfall durch den Krieg sei hinzugekommen. „Hass, Verachtung oder gewöhnlicher Zynismus“ und fehlende Achtung vor menschlichem Leben hätten den „Sinn für Humanität“ abgestumpft. Stanek leitet die Repressionen gegen die Deutschen einerseits aus dieser Stimmungslage ab, erwähnt aber auch die Vertreibungspläne der Exilregierung. Andererseits ortet er das Lagerwesen (wie auch Polizei und Sicherheitsdienst) als rigides Repressions- und Ausschlußinstrument totalitärer Regime – hier als Vorboten der kommunistischen Machtübernahme von 1948. Bis heute besteht ein breiter Konsens in der Tschechischen Republik, daß die Vertreibung eine angemessene Bestrafung gewesen sei und daß erst der „kommunistische Putsch“ von 1948 die CSR totalitär verändert habe. Auch Stanek unterstreicht den Unrechtscharakter des Lagersystems erst für die Zeit nach 1948, als vermehrt tschechische Oppositionelle interniert wurden. Für die Vertreibung der Deutschen verwendet er den euphemistischen tschechischen Begriff „Odsun“ (Abschub).

Andreas R. Hofmann weist in seiner Einführung darauf hin, daß auch der „bürgerliche Nationalismus“ ähnlich rigorose ordnungspolitische Vorstellungen und Praktiken entwickeln konnte wie die totalitären Regime Hitlers und Stalins. Besonders das Ziel des „homogenen Nationalstaats“ habe ausländerfeindliche Ausschlußpraktiken geradezu erfordert. Stanek erwähnt indes nicht, daß es zwischen Beneš und Stalin ab 1943 Vereinbarungen gab, die den Kommunisten den Weg in die Nachkriegs-Tschechoslowakei ebneten, als Preis für Stalins Unterstützung der Vertreibung der Sudetendeutschen! Die in Moskau formierte erste Prager Regie-

rung bestand bereits 1945 mehrheitlich aus kommunistischen Ministern.

Dieses Problem bei der politischen Bewertung kann jedoch das große Verdienst der quellennahen und faktenreichen Studie Staneks über das Lagersystem in der CSR der Nachkriegszeit nicht schmälern. Die dargestellten Fakten sprechen für sich und bestätigen nicht zuletzt aus Sicht der tschechischen Akten die Erlebnisberichte sudetendeutscher Vertriebener.

Bärbel Gafert

Luks, Leonid: Zwei Gesichter des Totalitarismus. Bolschewismus und Nationalsozialismus im Vergleich. Köln u. a.: Böhlau Verlag 2007, 306 Seiten, 24,90 €.

Ihre Gegner unterstellen totalitarismustheoretischen Ansätzen oftmals, sie würden Systeme gleichsetzen, die zwar Ähnlichkeiten aufweisen, im Kern jedoch unterschiedlich seien. In geschichtspolitischen Debatten behaupten schlichtere Gemüter, jeglicher Bezug auf den Totalitarismus als Konzept zur Erklärung von Herrschafts- und Gesellschaftssystemen setze – bezogen auf Deutschland – das nationalsozialistische Deutschland und die DDR gleich und relativiere damit zwangsläufig die Verbrechen des NS-Staates. Tatsächlich behauptet dies kein seriöser Wissenschaftler oder Politiker, sondern sie verweisen nur auf den gemeinsamen Kern von linkem und rechtem Totalitarismus: die Ablösung der alten Gesellschaft durch eine ideologiegetragene neue, die auf einer geschlossenen Werteordnung beruht und keinen Pluralismus zuläßt. Totalitäre Regime jeglicher Couleur streben nach sozialer und politischer Homogenisierung der Gesellschaft. Aus der Perspektive einer freiheitlichen Demokratie ist dabei unerheblich, ob dieses Wertesystem inhaltlich begründet, rational, antimodern etc. ist. Unterschiedlich können hiernach auch die Ideologien und Ziele sein. Die „Dialektik totaler Herrschaft“ führt letztlich zu

einer Selbstzerstörung totalitärer Regime, wie die Geschichte 1945 und 1990 zeigte. Leonid Luks faßt in dem vorliegenden Band mehrere in den letzten Jahren von ihm vorgelegte Aufsätze zur Darstellung und Erklärung totalitärer Bewegungen und Regime in Deutschland und Rußland zusammen und versucht die Frage zu beantworten, warum sich diese beiden zivilisationsfeindlichen Strömungen ausgerechnet in Rußland und Deutschland durchsetzen konnten. Die Kluft zwischen der Kommunismus- und Nationalsozialismus- bzw. Faschismusforschung hält er für ein zentrales Problem von Totalitarismustheoretikern. Nur wenige Historiker würden sich empirisch mit den verschiedenen totalitär verfaßten Staaten auseinandersetzen. Er selber ist ein ausgewiesener „Ostforscher“, der sich in vielen Beiträgen mit dem Kommunismus und der Sowjetunion auseinandergesetzt hat. Gleichzeitig hat er sich aber auch mit dem Nationalsozialismus beschäftigt und sieht sich insofern als „Idealbesetzung“ für eine vergleichende Studie des Totalitarismus und seiner Ausprägungen.

Auch wenn seine einzelnen Beiträge für sich genommen zumeist scharfsinnige Analysen sind, haftet dem Buch ein additiver Charakter an. So fehlen zum Beispiel eine begriffliche Einführung in das Thema und Überleitungen zwischen den einzelnen Aufsätzen.

Während die im ersten Abschnitt zur „Genese der totalitären Doppelrevolution des 20. Jahrhunderts“ zusammengefaßten Beiträge Ähnlichkeiten und Analogien in der Entwicklung Deutschlands und Rußlands im 20. Jahrhundert betrachten, finden wir im nachfolgenden Abschnitt „Totalitäre ‚Utopien an der Macht‘ – Bolschewismus und Nationalsozialismus“ Aufsätze, die sich differenziert mit Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus auseinandersetzen. Dabei gelingt es Luks überzeugend, die Fehleinschätzung rechtsextremer Massenbewegungen

durch die Bolschewiki und die Unterschiede zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus herauszuarbeiten. Orthodoxe Kommunisten und Marxisten kommen aufgrund ihres ökonomistischen Ansatzes zu gravierenden Fehleinschätzungen, wobei sie vor allem die Dynamik der faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen geringschätzen. Die Bedeutung des Antisemitismus für den Nationalsozialismus wurde und wird von Bolschewisten – aber auch von westlichen Forschern – unterschätzt. Gleiches gilt für die Verantwortung der kulturellen Eliten Europas für die Machtübernahme faschistischer Regime und der Nationalsozialisten. Ob freilich Luks' These stimmt, letztere seien für die Durchsetzung des rechten Totalitarismus bedeutsamer als der „Aufstand der Massen“ gewesen, sei hier dahingestellt. Realiter verliefen beide Prozesse parallel und bedingten sich gegenseitig.

Der Beitrag zur Durchsetzung der Herrschaft Stalins, in dem Luks die Strategie der totalen Demütigung und Dämonisierung des Gegners als Methode bolschewistischer Propaganda beschreibt, läßt ahnen, was Bolschewisten unter dem „neuen Menschen“ verstanden haben. Bei dieser Dimension totalitärer Herrschaftspraxis steht der Nationalsozialismus dem sowjetischen Kommunismus in nichts nach. In beiden Staaten läßt sich zudem ein weitverbreiteter „Führer-Glaube“ beobachten. Für Luks ist dies ein Indiz für Irrationalität und Massenpathologie, die historisch ihresgleichen suchen. Anstatt die Beiträge in diesen beiden Kapiteln in einem neuen Beitrag zusammenzufassen und gleichsam auf den Punkt zu bringen, folgen zwei kleinere Aufsätze zu den totalitären Bewegungen im postsowjetischen Rußland, die zwar interessante Neuigkeiten bringen, aber den eigentlichen thematischen Kontext des Buches verlassen.

Leonid Luks hat zweifelsohne in seinem Buch interessante Beiträge in einer Ge-

samtschau zusammengestellt, die die Debatte um die „zwei Gesichter des Totalitarismus“ befördern können. Die Frage, warum die zivilisationsfeindlichen Strömungen des 20. Jahrhunderts gerade in Rußland und Deutschland ihre radikalsten Ausprägung erfuhren, wird freilich nur ansatzweise beantwortet und sicherlich in den nächsten Jahrzehnten weiter diskutiert werden. Vor allem in Deutschland, wo nun schon seit Jahrzehnten über die Ursachen des Nationalsozialismus leidenschaftlich debattiert wird, wird sich immer wieder die Frage stellen, „warum bei uns?“

Klaus Schroeder

Barkleit, Gerhardt / Kwiatkowski-Celofiga, Tina (Hrsg.): Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien. Zum Erziehungs- und Bildungssystem der DDR. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung 2008, 227 Seiten, kostenlos.

Auf Einladung des Hannah-Ahrendt-Instituts zu einem interdisziplinären Workshop wurden Erkenntnisse unterschiedlicher Forschungsbereiche über die politische Diskriminierung DDR-Jugendlicher in ihrer Ausbildung zusammengetragen. Die Tagung fand im Oktober 2006 in Meißen statt. Die Beiträge dieses Workshops wurden nun von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben.

In der DDR konnten Jugendliche, die als Schüler mit dem Regime in Konflikt kamen, von weiterführenden Ausbildungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden. Diese Benachteiligung wirkt häufig bis heute fort und zeigt sich unter anderem in niedrigeren Lebenseinkommen und entgangenen Rentenanwartschaften. Um eine rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, die Diskriminierung der Betroffenen zumindest moralisch anzuerkennen, wurde 1994 im Artikel 3 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG) der

Begriff des „verfolgten Schülers“ eingeführt. Als „verfolgter Schüler“ kann anerkannt werden, wem durch eine hoheitliche Maßnahme der Besuch einer weiterführenden Bildungseinrichtung verwehrt wurde (§§ 1 und 3 BerRehaG). Allerdings erfüllen nur wenige Betroffene die engen Voraussetzungen zur juristischen Anerkennung. Der Workshop hat den Begriff „verfolgter Schüler“ deshalb sehr viel weiter gefaßt und zusätzliche Aspekte der Benachteiligung benannt und diskutiert. Darüber hinaus wurden auch alternative Wege des Umgangs mit der Benachteiligung in die Betrachtungen einbezogen.

Gerd Geißler beschreibt bildungspolitische Grundentscheidungen, die den Zugang zur allgemeinen Hochschulreife regelten. Danach sollten zunächst Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien besonders gefördert werden. Damit einher ging die Diskriminierung von Akademikerkindern, um so das „bürgerliche Bildungsmonopol“ zu brechen. Diese Bestrebungen ließen gegen Ende der fünfziger Jahre nach, als eine neue sozialistische Akademikerschicht heranwuchs, deren Kindern der Zugang zur weiterführenden Bildung nicht verwehrt werden sollte. Überdies kam es in den siebziger Jahren zu einer generellen Beschränkung der Hochschulzulassungen und einer besonderen Förderung der Ausbildung zum Facharbeiter, um einer angeblichen „Akademikerschwemme“ entgegenzuwirken. Mitte der achtziger Jahre konnten nur noch etwa 15 Prozent der Schüler eines Jahrganges die Erweiterte Oberschule besuchen beziehungsweise eine Berufsausbildung mit Abitur aufnehmen.

Weil das Interesse an einem Studium durchgängig höher war als die Zahl der Studienplätze, erwies sich der Hinweis auf spätere Berufsaussichten als wirksames Mittel zur Disziplinierung abweichender Einstellungen und Verhaltensweisen. Kirstin Wappler und Harald Brett-

schneider beschreiben die Durchsetzung des sozialistischen Bildungsideals in den Schulen und die Diskriminierung christlicher Schüler im Unterricht. Dabei wurden die Jugendlichen nicht allein in ihrem Bildungsdrang behindert, sondern häufig auch vor ihren Klassenkameraden bloßgestellt und moralisch unter Druck gesetzt, gegen ihre Überzeugungen zu handeln. Wie Gerhard Barkleit erfuhr, konnten Eltern nur wenig Einfluß auf den Schulalltag nehmen.

Während die Entscheidung über die Zulassung zur weiterführenden Bildung häufig von außerschulischen Gremien getroffen wurde, lag die Art des Umganges mit den Schülern im Ermessen der Lehrer. Welch verdeckte Formen der Diskriminierung dieser mitunter annehmen konnte, zeigt Elke Urban in einer Musterstunde, welche die Teilnehmer des Workshops in das Jahr 1985 versetzt. Der „Christ“, der als einziger Schüler der Klasse nicht den Jungen Pionieren angehört, wird in diesem Experiment zwar nicht durchgehend offensiv angegangen, aber fortgesetzt ignoriert. Ähnliches zeigt auch ein Unterrichtslehrfilm von 1977, den Henning Schluß präsentiert. Auch hier unterdrückt die Lehrerin vom angestrebten Lernergebnis abweichende Schülermeinungen durch fortgesetztes Ignorieren. Auch ohne offene Konfrontation wurden so unerwünschte Ansichten aus dem Schulunterricht ferngehalten, ohne daß die Restriktion allen Schülern bewußt wurde.

In anderen Konfliktfällen, etwa wenn Jugendliche sich gegen die Militarisierung des Schulalltages wandten, indem sie den von den Kirchen herausgegebenen Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ trugen oder die Schießausbildung verweigerten, kam es zu öffentlichen Disziplinierungen der Jugendlichen. Umgekehrt wurden Jungen, die sich über die reguläre Wehrpflicht hinaus für die Nationale Volksarmee verpflichteten, bei der Zulassung zur weiterführenden Bildung beson-

ders bevorzugt. Für Studienanfänger wurde ab 1968 ein Bekenntnis ihrer Bereitschaft zur Landesverteidigung verpflichtend. Junge Männer, die ihre Wehrpflicht als Bausoldaten ableisten wollten, durften deshalb häufig nicht studieren. In diesem Zusammenhang weist Thomas Wiedera darauf hin, daß ein Hochschulstudium in der DDR nicht unbedingt freie und universelle Bildungsaneignung ermöglichte, vielmehr eröffnete es den Zugang zum beruflichen Aufstieg. Viele Jugendliche verzichteten deshalb bewußt auf ein Studium.

Andere Jugendliche lebten in offener Konfrontation mit den gesellschaftlichen Regeln, was für viele die Einweisung in Umerziehungsheime nach sich zog. Verena Zimmermann und Sandra Kaczmarek beschreiben die bedrückenden Lebensumstände in diesen Heimen. Dennoch gelten die meisten dieser ehemaligen Heimkinder nicht als „verfolgte Schüler“. Lediglich wer in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen wurde, kann rehabilitiert werden, weil das Berliner Kammergericht 2004 die Einweisung dorthin als generell rechtswidrig anerkannt hat.

Die juristische Rehabilitierung der Betroffenen scheitert vor allem daran, daß die Gründe der Diskriminierung meist nicht schriftlich dokumentiert sind. Tina Kwiatkowski analysiert knapp 500 Anträge auf Anerkennung als „verfolgter Schüler“. Auf den Zeugnissen mit meist sehr guten Noten wurde in der Regel lediglich das „mangelnde gesellschaftliche Engagement“ des Schülers festgehalten. Peter Lissewski berichtet über die Einzelheiten des Anerkennungsprozesses und Jens Planer-Friedrich beschreibt Angebote, Betroffene in diesem Prozeß zu unterstützen. Katharina Gajdukowa schildert Täter-Opfer-Gespräche als eine alternative Möglichkeit, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit notwendig ist, zeigte der 2006

stattgefundene Workshop; die Mehrheit der Anwesenden hatte selbst entsprechende Konfrontationen und Beschränkungen erlebt. Einige waren gekommen, um sich über Wege zur Rehabilitierung zu informieren, andere wollten mehr über die allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhänge ihrer früher als individuelle Zurücksetzung empfundenen Diskriminierung erfahren. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung bietet die Dokumentation der Workshop-Beiträge kostenlos an und eröffnet somit vielen Menschen einen Weg, sich mit den dort versammelten Forschungsergebnissen und Informationen näher zu befassen. Leider sind nicht alle Artikel für ein breites Publikum geschrieben. Insbesondere der Beitrag über die rechtliche Rehabilitierung „verfolgter Schüler“ erschließt sich dem juristischen Laien nur schwer. Die Vielfalt der behandelten Themen macht das Buch jedoch für viele Menschen lesenswert und läßt auch über manche Längen hinwegsehen.

Caroline Fricke

Knopke, Lars: Kinder im Visier der SED. Eine Untersuchung zur marxistisch-leninistischen Ideologisierung von Kindern und Jugendlichen im DDR-Schulwesen und darüber hinaus. Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2007, 222 Seiten, 38,- €.

Der Titel spielt mit einer Metapher, die gewöhnlich das DDR-Drama auf den Staatssicherheitsdienst fokussiert. Die Studie will aber nichts weniger, als das ganze ideologische Funktionssystem des weltanschaulichen Erziehungsstaates offenlegen und so die Machtfülle der SED-Staatspartei ins Visier nehmen. Ihr Ausschnitt aus der Wirklichkeit beschränkt sich auf die Heranwachsenden zwischen 6 und 16 Jahren. Sie waren der umfassenden Indoktrination besonders ausgesetzt. Weshalb aber ist die ideologische Erziehung im Kindergarten, obzwar zum

Volksbildungsbereich gehörig, ausgenommen? Ebenso wenig kommt die gymnasiale Stufe der Erweiterten Oberschulen (EOS) in den Blick. Ideologische Auswahlkriterien entschieden hier vor den Zensuren über die Zulassung: politisch-weltanschauliche Haltung, soziale Herkunft und Verhalten, angegebener Studienwunsch und Wirtschaftsplanung. Eine Verpflichtung Minderjähriger, sich als Offiziere bewerben zu wollen, öffnete freilich auch das Tor zur höheren Bildung. Insofern löst Knopke den Anspruch in seinem Buch nicht ein, „einen Gesamtüberblick über den Prozeß der Ideologisierung im Zusammenspiel verschiedener Instrumente und Mittel, mit der Schule im Zentrum, zu geben“. Man darf annehmen, daß der Autor dies und noch viel mehr bei seinem in Aussicht gestellten Promotionsvorhaben berücksichtigen wird.

Zuerst werden die einschlägigen „Instrumente der Ideologisierung“ dargestellt: voran das Schulwesen, sodann die Jungen Pioniere und die FDJ sowie die Jugendweihe. Weil sie auch anderen Zwecken zu dienen hatten, werden von ihnen die Bereiche „Wehrerziehung“ und „Benachteiligung Andersdenkender“ als purer „Ausdruck von Ideologisierung“ unterschieden. Für Schule und Freizeitsektor leuchtet das ein. Für das sozialistische Bekenntnisritual bietet der Autor „eine Relativierung“ an, indem er es „zwischen ideologischer Instrumentalisierung und Familientradition“ einordnet und meint, das „Geschenk- und Familienfest unterläuft die von der SED intendierte Bedeutung als Bekenntnis zu Staat und Partei. [...] Die Jugendweihe zieht sich in die Privatheit der Familie zurück.“ Damit wäre zwar der anhaltende Erfolg dieses mehr oder weniger säkularen Passageritus in den östlichen Bundesländern erklärbar; allein fehlt eine Analyse, um die etwas wohlfeile Vermutung zu fundieren. Könnte das Fest nicht auch andere Anteile des ideologischen Kontextes befestigen? Das Hand-

buch zur Jugendweihe (1978) gab zum Beispiel vor: „Die gesamte politisch-ideologische Arbeit der Jugendweihe [...] ist eingeordnet in den kontinuierlichen Prozeß der sozialistischen Bildung und Erziehung der Schuljugend in der DDR.“ Noch heute werben Jugendweiheverbände möglichst direkt im schulischen Elternabend.

Die übrigen Aspekte werden sehr plausibel vorgestellt. Lars Knopke, Jahrgang 1980, kennt das System, das er in seinen ersten Schuljahren noch selbst erlebt hat, so genau wie den Forschungsstand. Er hält sich nicht mit Fehlentwicklungen auf, sondern leuchtet die inneren Folgerichtigkeiten kritisch aus, so daß Lesenden jede nostalgische Lust vergeht, den gesellschaftlichen Großversuch noch einmal zu probieren. Knappe Abrisse informieren über Parteistruktur, Machtsicherung mit Hilfe der Staatssicherheit, Marxismus-Leninismus, dialektischen und historischen Materialismus, politische Ökonomie und wissenschaftlichen Kommunismus. Es sind Ideologie-Lehrstücke, die dem gelernten DDR-Bürger aus unzähligen Schulungen noch vertrauter vorkämen, wenn sie nicht so gekonnt entschlackt wären von den seinerzeit gängigen Phrasen und Worthülsen.

Quellensicher gibt Knopke den ideologischen Urschleim bekömmlicher wieder, als er je angerichtet war. Gerade dadurch entlarvt sich dieser substantiell von selbst. So werden physikalische Bewegungsgesetze oder der Umschlag von Quantität in Qualität derart mechanistisch auf die siegreiche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei übertragen, daß man seinen Staatsbürgerkundelehrer wieder vor sich sieht. Exemplarisch wird gezeigt, wie penetrante Fibeltexte mit plumpen Bildchen schon den Erstkläßlern die Lernfreude vergällten: „Die sowjetischen Freunde und wir alle sagen: ‚Uns gefällt es sehr, wenn wir gemeinsam arbeiten.‘“ Und für den Biologieunterricht in der 9. Klasse galt: „Am Beispiel der Gesetzmäßigkeit

der Pflanzenphysiologie und der Ökologie sollen die Schüler erkennen, daß bewußtes Anwenden [...] dazu beiträgt, die Deutsche Demokratische Republik zu stärken.“ Vieles scheint längst so vergessen wie die zähen „politischen Zirkel“. Sie „dienen speziell den Pionieren der 7. Klasse zur Vorbereitung auf die Ziele und Aufgaben in der FDJ [...] Themen, Zielvorgaben und Schwerpunkte der Zirkel sind vom Zentralrat der FDJ erarbeitet und vorgegeben.“

In Knopkes Schnellkurs können auch Unkundige den Denkschablonen leicht folgen. Das Gesellschaftssystem war dogmatisch konsequent organisiert. Der Trugschluß, es hätte ein gutes Ideal nur von besseren Leuten richtiger verwirklicht werden müssen, kann sich gar nicht erst einstellen. Insofern kann man sich kein besseres Schulbuch wünschen. Die klare Strukturierung durch drei Thesen und fünf Leitfragen nimmt zwar die Ergebnisse vorweg, entschädigt aber mit Transparenz und nachvollziehbaren Belegen: So wird klar, „wie die SED die an der Ideologisierung beteiligten Bereiche kontrollierte, welche Ziele sie ihnen zuschrieb, in welchem Verhältnis sie zur Schule standen, welchen Beitrag sie zur Ideologisierung leisteten und welche marxistisch-leninistischen Inhalte dabei vermittelt wurden“. Am Ende wird der Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter (IM) unter Lehrern und Schülern (!) mit erschütternden Beispielen beschrieben. Dieses letzte (siebte) Kapitel der „Ideologisierung durch Benachteiligung und Bestrafung Andersdenkender“ stellt die übelste Seite der ideologisch präparierten Gesellschaft dar. Nüchternes Fazit: „Unangepaßtes Verhalten oder nicht-ideologiekonforme Meinungsäußerung, welcher Art auch immer, können durch eine Reihe von Zwangsmaßnahmen mit zum Teil langfristigen Auswirkungen auf die Lebensplanung der Betroffenen bestraft werden. [...] Darüber hinaus setzt die SED das MfS ein, um

die Kinder und Jugendlichen zu überwachen.“

Daß manche „mit Sympathie auf den (als solchen propagierten) ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘“ zurückschauen, hat Knopke behutsam veranschlagt. Doch „so wie die Existenz negativer Facetten im DDR-Alltag die positiven nicht negieren, verdrängen und abwerten darf, so darf die positive Erinnerung an Aspekte des DDR-Lebens nicht dazu führen, seine Schattenseiten zu vergessen, kleinzureden oder gar zu verleugnen“. Wo könnten sie sich deutlicher zeigen als in der Jugend- und Bildungspolitik? Aber was hat das alles genützt? War „die Wehrerziehung ein effektiv ideologisierendes Mittel“ (Umschlagtext)? Was ist ideologische Effizienz? Wie bemißt sich die Tiefenwirkung der politisch-ideologischen Erziehung in der DDR? Die Forschung bleibt spannend. Gut, daß Lars Knopke weitermacht.

Aribert Rothe

Miethe, Ingrid: Bildung und soziale Ungleichheit in der DDR. Möglichkeiten und Grenzen einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik. Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2007, 387 Seiten, 36,- €.

In aktuellen geschichtspolitischen Debatten um die DDR und die deutsche Teilungsgeschichte hält sich – nachhaltig durch Ideologen aus dem Umfeld der PDS/Die Linke befördert – das Gerücht, in der DDR habe das Bildungssystem nicht nur allseits gebildete sozialistische Persönlichkeiten hervorgebracht, sondern auch das Bildungsmonopol der bürgerlichen Schichten gebrochen und den Zugang zur höheren Bildung für alle geöffnet. Wer diesen Halbwahrheiten Fakten entgegensetzen möchte, dem sei geraten, zumindest einige Kapitel des vorliegenden Buches von Ingrid Miethe zu lesen.

Die Studie basiert auf einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt zur Erforschung der Ge-

schichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Greifswald und wurde als Habilitationsschrift eingereicht. Dies erhöht zwar nicht unbedingt die Lesbarkeit, da viele Habilitationsschriften ebenso wie viele Dissertationen unter dem methodischen und methodologischen Übereifer ihrer Verfasser leiden, entschädigt aber die Leser durch eine Fülle von Hinweisen auf relevante Sekundärliteratur.

Ingrid Miethe, Professorin für allgemeine Pädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt, beschreibt die einzelnen Phasen der DDR-Bildungspolitik und versucht sie theoretisch einzuordnen. Die SED stand schon vor der Gründung der DDR vor dem Problem, an die Stelle der vertriebenen alten Eliten, darunter große Teile des Bildungsbürgertums, eine auf ihre Ideologie und ihren Herrschaftsanspruch fixierte neue Bildungselite herauszubilden. Hierbei spielten die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF), die bildungsfernen Schichten einen Zugang zur höheren Bildung ermöglichen sollten, eine zentrale, wenngleich überschätzte Rolle. Gleichwohl gelang es der herrschenden Monopolpartei, durch eine aktive gegenprivilegierende Bildungspolitik, die wenig Rücksicht auf Begabung und Leistung legte, in den fünfziger Jahren bevorzugt Arbeiter- und Bauernkinder höher auszubilden. Dabei spielten – wie die Autorin zu Recht anmerkt – weniger die ABF als die Oberschulen mit veränderten Zulassungsrichtlinien die zentrale Rolle. „Die Zielrichtung der SED-Bildungspolitik in diesem Zeitraum war nicht nur allgemein darauf gerichtet, den Anteil an Arbeitern und Bauern an den Universitäten zu erhöhen, sondern auch darauf, diesen Anteil v. a. in den Fachrichtungen anzuheben, die durch einen hohen Grad an familialer Vererbung und politischer Unzuverlässigkeit im Sinne der SED gekennzeichnet waren (zum Beispiel Medizin). Dies geschah zum einen durch gezielte Studienlenkung und zum anderen durch eine gezielte

pädagogische Förderung an der ABF, zum Beispiel durch Einrichtung eines medizinisch-biologischen Zweiges.“ Selbstverständlich wollte die SED politisch loyale Kräfte in Leitungsfunktionen der DDR-Gesellschaft holen, um ihre Herrschaft längerfristig abzusichern.

Als sich ab etwa Mitte bis Ende der fünfziger Jahre abzeichnete, daß die neuen Bildungsschichten Begabungs- und Loyalitätsdefizite aufwiesen, änderte die SED ihre Bildungspolitik. Die Schließung der ABF Anfang der sechziger Jahre leitete eine neue Phase in der Bildungspolitik ein, die nun anstelle von Arbeiter- und Bauernkindern Frauen bessere Bildungschancen vermittelte. Anfang der siebziger Jahre erfolgte ein erneuter Kurswechsel, in dessen Folge der Anteil von Oberschülern und Studierenden zurückgenommen wurde und die „Selbstrekrutierung der neuen Intelligenz“ begann. Bis zum Ende der DDR sank der Anteil von Arbeiter- und Bauernkindern an den Universitäten stetig und lag schließlich sogar unter dem in der Bundesrepublik.

Für Ingrid Miethel steht außer Frage, daß die Phasen der DDR-Bildungspolitik vor allem aus der Machtsicherungspolitik der SED resultierten, was zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Bildungschancen von Arbeiter- und Bauernkindern führte. Wie auf anderen gesellschaftlichen Feldern – so zum Beispiel bei der Einkommens- und Vermögensverteilung – gelang es der SED letztlich nicht, die sozialen Ungleichheitsstrukturen der Gesellschaft aufzuheben, sie wurden allenfalls modifiziert oder generationsspezifisch verschoben. Eine gegenprivilegierende Bildungspolitik stieß in der DDR bereits nach etwa einem Jahrzehnt an die Grenze der Machtpolitik einer Partei, die politische Loyalität über die offensive Ausnutzung von Bildungsreserven stellte. Die Studie von Ingrid Miethel liefert nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die tatsächlichen Motive

und Ergebnisse der SED-Bildungspolitik, sondern deutet gleichzeitig die generellen Schwierigkeiten einer gegenprivilegierenden Bildungspolitik zumindest an.

Klaus Schroeder

Friedrich, Jörg: Yalu. An den Ufern des dritten Weltkriegs. Berlin: Propyläen 2007, 624 Seiten, 24,90 €.

Das kollektive Gedächtnis bewahrte nicht viel von diesem Drama, nur eine Idee, die bis heute nicht verwirklicht ist: eine gemeinsame europäische Armee. Aber seinerzeit hatte man Angst in London, Paris oder Brüssel, und hierzulande setzte eine Notbevorratungswelle ein, und auf den Straßen sangen die Kinder „Ei, ei, ei Korea, der Krieg kommt immer näher“. Jörg Friedrich erinnert in seinem neuesten Buch an einen heute nahezu vergessenen Konflikt, in dem sich Tausende Kilometer östlich von Elbe und Rhein auch das Schicksal der Europäer entschied – wenn nicht das der ganzen Welt.

Gewiß, der Koreakrieg, der von 1950 bis 1953 dauerte, blieb lokal begrenzt, doch zugleich beeinflusste er ganz wesentlich die geopolitische Lage nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Wie einst Deutschland teilten Amerikaner und Russen nach ihrem Sieg über Japan auch die koreanische Halbinsel in zwei Einflußsphären auf, und wie einst in Europa standen sich links und rechts einer Demarkationslinie unterschiedliche Lager gegenüber: im Norden Koreas das kommunistische Regime unter Kim Il Sung, im Süden des Landes das autoritäre Regime von Rhee Syng-Man – beides Systeme, die der Demokratie in ihrem Namen spotteten, mit starkem Hang zu Mafiamethoden und gepaart mit einer gehörigen Portion „asiatischen Despotismus“.

An ihrer Grenze, so die These Friedrichs, habe am 26. Juni 1950, dem Tag, an dem die Nordkoreaner den 38. Breitengrad überschritten, ein zähes Ringen zwischen den Blöcken eingesetzt, nicht allein,

um das Land im Süden zu beherrschen, sondern vor allem, um weltweit das strategische Gleichgewicht wiederherzustellen: Denn nach Hiroshima und Nagasaki hätten die Russen schnell eigene Atomwaffen entwickeln müssen, bereits die Berlin-Krise habe dazu gedient, von diesem Plan abzulenken. Nun aber habe Washington sie gezwungen, die Wasserstoffbombe zu bauen, und auch hierfür sei eine „lärmende Scheinfront“ vonnöten gewesen, die „das Epochale“ vernebelte.

Freilich, Friedrichs These ist zunächst nichts mehr als das: eine unbewiesene Behauptung. Er liefert für sie weder eine glaubwürdige Aussage der damals Verantwortlichen, noch einen schriftlichen Beleg. Doch läßt sie sich so ohne weiteres von der Hand weisen? Schließlich waren die Kämpfenden bereits nach einem Jahr erschöpft: die amerikanisch geführten UN-Truppen, ihre südkoreanischen Waffenbrüder und die Feinde aus dem Norden. Doch die Verhandlungen über den Waffenstillstand zogen sich hin, immer wieder torpediert durch die Frage der Kriegsgefangenen; die Kämpfe wogten weiter hin und her, erst im Juli 1953 konnte man sich einigen – da hatten die Russen die Bombe.

Friedrich entwirft ein spannendes Panorama der diplomatischen Schachzüge jener Zeit, kontrastiert mit packenden Szenen aus dem „Feld“: Der Leser erfährt vom Größenwahn eines Kim Il Sung, der Stalin bat, Nordkorea zu unterstützen, und wie dieser auch Mao zu Beistand verpflichtete; er erfährt von Russen in chinesischen Uniformen und Koreanern, die nur Chinesisch sprachen, er erfährt von MacArthur, dem amerikanischen General, und von seinem Plan, Atomwaffen einzusetzen. Und er erfährt vom Yalu, dem Grenzfluß zwischen Korea und China. An ihm wachte man vor allem über eines: Niemals durften russische MiG-15-Jäger sein südliches Ufer überfliegen, niemals amerikanische Bomber das nördli-

che hinter sich lassen – es hätte den Waffengang der Stellvertreter zum atomaren Weltbrand gemacht. Die Ufer des Yalu, so steht es denn auch treffend im Untertitel des Buches, waren die des „Dritten Weltkriegs“.

Aber Friedrichs Darstellung ist nicht nur die spannende Erzählung eines „vergesenen Krieges“, in dem die Supermächte riskante Machtspiele veranstalteten, sie ist auch die bedrückende Saga der wohl bislang furchtbarsten kriegerischen Entgrenzung. Seit man in der Reformation auch für das Gewissen focht, setzte noch etwas anderes die Politik im Krieg fort: Glaube oder Ideologie. In Korea verband sich das mit dem Notwendigen und Maos Lehren aus dem „Langen Marsch“. Dort hatten die volksdemokratischen Truppen und ihre chinesischen Brudergenossen massive Probleme mit dem Transport: Lastwagen fehlten und fahrbare Lafetten, wie auch überhaupt militärtaugliche Vehikel.

Die kämpfenden Kommunisten machten aus militärischer Not eine zweckdienliche Tugend: Konnte man ganze Dörfer nicht in die Kampfgebiete transportieren, so geriet das ganze Dorf zum Kampfgebiet: Für UN-Truppen und Südkoreaner verschwand der Feind, indem das ganze Land dazu wurde. Wer ist Kämpfer, wer Zivilist? Das ließ sich nicht mehr sagen. Selbst Halbwüchsige konnten todbringende Waffen tragen, die kommunistischen Ideologen hatten es sie gelehrt und besaßen außerdem auch Helden genug. Die Antwort kam prompt, und getreu des „Immer mehr“ der technisierten Moderne umfaßte sie auch deren Zerstörungskraft: Hiroshima, Dresden, Stalingrad und Warschau – das sind die europäischen Synonyme für ein Schlachten, das nicht mehr unterschied zwischen Kombattant und dessen Antithese.

Doch wer weiß hierzulande von den Bombardements auf Namsi, Koindong oder Chosan? Sie erreichten mühelos die Zerstörungskraft der Feuerstürme in den

deutschen Städten, ja sie übertrafen diese sogar. Wer weiß heute noch, daß in Korea frontnahe Flächen von 50 Quadratkilometern und mehr systematisch mit Napalm angezündet wurden und daß das Feuer dabei alles und jeden verkohlte: einfache Strohütten und militärische Unterstände, Partisanen und reguläre Kämpfer, aber vor allem auch Alte, Frauen und Kinder? Von „Mondlandschaften“ ist bei Friedrich die Rede, von Städten mit einstmals 200 000 Bewohnern, in denen man nur noch die Schornsteine sah, von Feuerbrünsten Entronnenen schließlich, in deren Körpern noch vierzehn Tage später Wunden dampften.

450 000 Tonnen Bomben, das besagen schnöde die Fakten, warf in Korea allein die US Air Force ab, einschließlich der fast drei Millionen Liter Napalm – das war zwar weniger als später Vietnam zu erdulden hatte, aber es war effizienter, da es in den Ballungsräumen mehr Einwohner gab. Jeder zehnte Zivilist starb dadurch in den Flammen, etwa drei Millionen Menschen. „Abfackeln“ nennt Friedrich die militärischen Luftoperationen, „verfeuern“ und „einäschern“. Die Sprache ist zuweilen zynisch – gewiß. Aber was soll man sagen? Friedrich schreibt vom Krieg. Auch dadurch wird das Buch zu einem wortgewaltigen Monument.

Michael Böhm

Uhl, Matthias: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962. München: R. Oldenbourg 2008, 295 Seiten, 39,80 €.

Spätestens mit der Zündung der ersten Wasserstoffbombe trat die Menschheit in eine Ära ein, in der die Auslöschung ganzer Völker und Länder zu einer binnen kürzester Zeit umsetzbaren Option der Politik wurde. Daß solche Waffen eine immense psychologische Dimension besaßen, verstand keiner besser als der bauernschlaue Sowjetdiktator Nikita Chruschtschow.

Bestärkt durch den 1955 beim Genfer Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Eisenhower gewonnenen Eindruck, daß die USA einen Kernwaffenkrieg mit der UdSSR mehr fürchteten als Moskau, machte sich der Stalin-Erbe im folgenden daran, mit Hilfe einer nuklearen Einschüchterungspolitik die Expansionsinteressen des Sowjetimperiums voranzutreiben. Diese Politik sollte in der zweiten Berlin-Krise und in der Kuba-Krise kulminieren und die Menschheit dicht an den nuklearen Abgrund herantreiben.

In seinem neuen Buch beleuchtet Matthias Uhl die militärstrategischen Hintergründe dieser von Chruschtschow entfesselten politisch-psychologischen Auseinandersetzung. Dabei kann er sich auf neues Archivmaterial stützen, das einigen in der Wissenschaft bislang gängigen Thesen zur sowjetischen Militärpolitik endgültig die Grundlage entzieht.

Bei seinen Darlegungen beschränkt sich Uhl erfreulicherweise nicht nur auf die Chruschtschow-Ära, vielmehr liefert er auch einen ebenso fundierten wie knappen „Abriß“ zur Militärpolitik des späten Stalin. So erfährt der Leser, daß Stalin den Kernwaffen keineswegs als Ignorant gegenüberstand, wie Teile der westlichen Forschung stets vermuteten, sondern den Aufbau der sowjetischen Nuklearstreitkräfte mit hohem Einsatz vorantrieb und sich an der Ausarbeitung einer entsprechenden Militärdoktrin interessiert zeigte. Das Bild, das Uhl von der sowjetischen Militärpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zeichnet, ist in der Tat ein grimmes: Während Truppen der Roten Armee und des NKWD noch geraume Zeit nach dem offiziellen Ende des Krieges in Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten einen brutalen Nachkrieg zur Niederwerfung der nationalen Aufstandsbewegungen führten, ließen die erste Berlin-Krise, der Krieg in Korea und nicht zuletzt die sowjetische Nuklearrüstung die

sowjetischen Verteidigungsausgaben auf Kriegsniveau steigen. So war 1952 wieder das Niveau des Kriegsjahres 1942 erreicht.

Als Chruschtschow die Nachfolge Stalins antrat, waren zwar bereits exorbitante Summen in die sowjetische Nuklearrüstung geflossen, über ein strategisches Potential an Kernwaffenträgern, mit denen die USA direkt zu treffen gewesen wären, verfügte die UdSSR aber noch lange nicht. Während bei der Entwicklung der eigentlichen Kernsprengsätze der „militärisch-industriell-akademische Komplex“ in der Sowjetunion dem in den USA bald dicht auf den Fersen war, gab es erhebliche Probleme bei der gleichermaßen kostspieligen Entwicklung von Fernbomben und Langstreckenraketen. Unter den Vorzeichen eines auch mit taktischen und operativen Kernwaffen zu führenden Krieges standen zudem die konventionellen Streitkräfte der UdSSR vor erheblichem Erneuerungsbedarf, der unter anderem die Anschaffung großer Flotten von Schützenpanzern erforderlich machte. Die von Chruschtschow 1956 in der Abrüstungspropaganda weidlich ausgeschlachteten Streitkräftereduzierungen blieben denn auch reine Umstrukturierungsmaßnahmen, die mit keiner Absenkung des sowjetischen Verteidigungshaushalts einhergingen.

Ungeachtet aller Anstrengungen blieb das strategische Kernwaffenpotential der Sowjetunion aber während der gesamten Chruschtschow-Ära zu schwach, um der mit militärischen Drohungen hantierenden Einschüchterungspolitik des Sowjetführers die nötige Glaubwürdigkeit zu verleihen. Durch die U-2-Flüge waren die USA alsbald über die gravierenden Mängel des Waffenarsenals der gegnerischen Supermacht im Bilde. In seinen Ausführungen zur Rolle der Geheimdienste und Aufklärungsmittel während der Berlin-Krise zeigt Uhl indessen, daß auch die westliche Seite mit weitgehend of-

fenen Karten spielen mußte, da hochrangige Verräter innerhalb der NATO-Bürokratie der UdSSR zuarbeiteten. Die Kenntnis der westlichen Planungen für den Fall einer neuerlichen Berlin-Blockade hatte auf Chruschtschow allerdings eine eher ernüchternde Wirkung, so daß er von bereits vorbereiteten Eskalationsschritten absah und sich schließlich für die Minimallösung des Mauerbaus entschied. Das Besondere der Krise lag eben darin, daß Chruschtschow keinesfalls einen Krieg vom Zaun brechen wollte, das Militär aber trotzdem als wichtiges Instrument zur Fortsetzung seiner Politik einsetzte. Der sowjetischen Gesellschaft bürdete dies einen dramatischen Anstieg der Militärausgaben auf: Zwischen 1959 und 1962 stiegen die Aufwendungen für die Streitkräfte von rund neun auf knapp vierzehn Milliarden Rubel; 1962 wurden 27 Prozent des sowjetischen Staatshaushalts für militärische Zwecke aufgewendet.

Neben diesem Hauptstrang beleuchtet Uhl in Exkursen eine Reihe von weiteren interessanten Themen: So skizziert er die Rolle und den Aufbau der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ und erläutert anhand der Kommandostrabsübung „Burja“ die Ausformulierung einer sowjetischen Militärdoktrin, die mittels wuchtiger Kernwaffenschläge gepanzerten Angriffskeilen den Weg zum Ärmelkanal bahnen wollte. Interessanterweise blieben diese Kriegspläne des sowjetischen Generalstabs nicht ohne Widerspruch aus den eigenen Reihen. Konteradmiral Derewjanko führte dazu in einem Schreiben an Chruschtschow aus: „Nur eine Kleinigkeit wäre interessant. Auf welchen Planeten glauben diese Leute in Zukunft zu leben und auf welche Erde denken sie Truppen zur Eroberung der Territorien zu senden. [...] Was für ein begrenzter Mensch muß man sein, wenn man auf dem Weg unserer Truppen auf der gesamten Breite der Front radioaktive Sperrn und verseuchte Erde, Wasser

und Luft schafft. Niemals erhalten wir ein Angriffstempo von 100 Kilometern am Tag. Im Gegenteil, der Angriff wird sich totlaufen. Wir nehmen nicht nur Millionen verstrahlte Zivilisten in Kauf, sondern werden auch auf Jahrzehnte hinaus durch den unbedachten massiven Kernwaffeneinsatz auf einem kleinen und engen Territorium wie Westeuropa Millionen unserer eigenen Leute verstrahlen: Streitkräfte und Bevölkerung der sozialistischen Staaten und bei den vorherrschenden westlichen Winden auch unser Land bis zum Ural.“ Daß sich Chruschtschows politisch-psychologischer Angriff auf West-Berlin und Westeuropa totlief, war letztlich der erdrückenden Überlegenheit des US-amerikanischen Kernwaffenarsenals zu danken.

Michael Ploetz

Koudelka, Josef: Invasion Prag 1968. Mit Texten von Jiří Hoppe, Jiří Suk, Jaroslav Cuhra und anderen. München: Schirmer/Mosel Verlag 2008, 296 Seiten, 249 Abbildungen, 49,80 €.

In den Jahren der „Normalisierung“ unter Gustav Husák betonten die moskautreuen Genossen wie Vasil Bilak oder Alois Indra immer wieder, daß sie Alexander Dubčeks Reformpolitik für unprofessionell und abenteuerlich gehalten hätten. Und noch fast zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ beharrte der mittlerweile hochbetagte Vasil Bilak in seinen politischen Erinnerungen auf der Richtigkeit der sowjetischen Invasion: Es habe schließlich ein Bürgerkrieg gedroht.

Die Abenteuerlichkeit eines wirklichkeitsentrückten Fanatismus zeigt sich indessen eindrucksvoll in den Schwarzweißphotos von Josef Koudelka, die in den tragischen Augusttagen von 1968 entstanden sind. Ein politisches System, das in Friedenszeiten mit einer halben Million Soldaten und rund 6300 schwerbewaffneten Panzern in ein souveränes Land einmarschiert

und dies als Konsolidierungsmaßnahme ausgibt, hat jeglichen Anspruch auf Seriosität verwirkt. Um die hundert tschechoslowakische Staatsbürger verloren in diesen Tagen und Monaten ihr Leben, mehr als 500 wurden zum Teil schwer verletzt. Wie Monster standen mitten in Prag die Panzer mit ihren drohenden Geschützrohren. Besonders absurd wirkten diese gepanzerten Kampfmaschinen zwischen den ehrwürdigen Prager Häuserfassaden, wenn sie ältere Frauen einschüchterten, die sich unwillkürlich vor Entsetzen die Hand vor den Mund hielten. Welche Erinnerungen mögen wohl geweckt worden sein bei ihnen, die in ihrem Leben bereits eine Okkupation kennengelernt hatten?

Eine besondere Tragik in dieser Invasion und Okkupation bestand darin, daß die Bürger der Tschechoslowakei im Unterschied zu den anderen „Brudervölkern“ des realen Sozialismus russophil und durchaus prosowjetisch eingestellt waren. Einen nicht unerheblichen Anteil hatte daran die Befreiung von der nationalsozialistischen Protektorsdiktatur durch die Rote Armee. Mit um so größerer Bitterkeit war der Überfall am 21. August 1968 empfunden worden.

Koudelkas Photos dokumentieren neben der Brutalität der Besatzer auch die verschiedenen Formen gewaltlosen Widerstands in der ČSSR. Spontan versammelten sich Menschen aller Schichten und Altersgruppen um die Panzer und versuchten, mit den russischen Soldaten zu diskutieren. Oft genug finden sich Bilder, die vollkommen ratlose Gesichter von blutjungen Soldaten mit viel zu großen Stahlhelmen zeigen. An unzählige Häuserwände waren Aufschriften gepinselt: „Sozialismus: ja! Okkupation: nein!“, „Lenin wach auf – Breschnew ist verrückt geworden“ oder „Russen geht nach Hause!“ Bemerkenswerterweise findet sich zumeist der grammatisch korrekte Plural „Rusové“ und nur sehr vereinzelt der stark abwertende Umgangston „Rusáci“!

Das Gefühl, einer vollkommenen Übermacht restlos ausgeliefert zu sein, zeigt sich in Graffiti, aus denen Verzweiflung spricht. Da wird „UdSSR“ mit SS-Runen geschrieben oder es wird zwischen einem Hakenkreuz und einem Sowjetstern mit Hammer und Sichel ein Gleichheitszeichen gesetzt. Koudelkas Aufnahmen vermitteln die Aura unmittelbarer Ereignisse, die erstaunlicherweise auch nach vierzig Jahren nichts von ihrer Kraft eingebüßt hat.

Der eindrucksvolle Bildband ist sparsam mit Texten versehen, die allerdings punktgenau die jeweilige Situation kommentieren. Hier wird auf Augenzeugenberichte, offizielle Aufrufe oder Erinnerungen von Beteiligten zurückgegriffen. In einem umfassenden Vorwort von Gastautoren werden Umstände, Verlauf und Schicksal des tschechoslowakischen Reformversuches des Jahres 1968, der in die Geschichte mit dem Titel „Prager Frühling 1968“ eingegangen ist, dargelegt. Ihr Fazit, daß Alexander Dubcek „nur ein anderer Kommunist“ war, greift allerdings entschieden zu kurz. Das pejorative „nur“ bescherte seinem Land, aber auch seiner Familie und nicht zuletzt sich selbst zwanzig bittere Jahre. Enttäuscht und desillusioniert hat der überzeugte Reformkommunist und marxistische Philosoph Milan Machovec in Reaktion auf den bewaffneten Einmarsch von „Panzersozialismus“ gesprochen.

Neben den Augusttagen im Prag des Jahres 1968 offenbarte sich Stalins stählerne Strategie bereits 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Budapest und sollte 1980 in Afghanistan noch einmal aufflackern.

Die Tragik jener Tage der Okkupation, die das tschechoslowakische Land schließlich zu zwanzig Jahren Stillstand verurteilte, kommt in der Widmung des Autors zum Tragen: „Meinen Eltern, die diese Fotografien nie gesehen haben.“ 1969 waren Fotos von Josef Koudelka von der Agentur Magnum Photos öffentlich präsentiert

und sogar mit einem Preis für den „unbekannten tschechischen Fotografen“ ausgezeichnet worden. Aus Furcht vor einer Enttarnung durch den Geheimdienst war Josef Koudelka 1970 von einer Reise nach Westeuropa nicht mehr in seine Heimat zurückgekehrt. Um seine in der ČSSR verbliebenen Eltern nicht zu gefährden, mußte er bei Präsentationen seiner Prag-Bilder seinen Namen verschweigen.

Volker Strebel

Musial, Bogdan: Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen. Berlin: Propyläen Verlag 2008, 585 Seiten, 29,90 €.

Der Autor bekennt, daß ihn die Lektüre einschlägiger Dokumente in Moskauer Archiven (hauptsächlich im ehemaligen Parteiarchiv), die nach 1991 der Forschung zugänglich gemacht wurden, veranlaßt hat, seine durch die westliche Forschung geformte Meinung, daß Stalin in den dreißiger und vierziger Jahren nur eine defensive Politik betrieben habe, zu revidieren. Er grenzt sich jedoch von der Präventivkriegsthese Viktor Suworows (*Der Eisbrecher* 1989) und anderer ab, daß im Sommer 1941 ein sowjetischer Angriff bevorstand. Die bolschewistischen Kriegspäne gehen bis zu den Anfängen des Regimes zurück. Musial stimmt Robert Service (*Lenin* 2000) zu: „Nur die weit überlegene Macht Deutschlands hatte ihn [Lenin, O. W.] 1918 aufgehalten, und der Bürgerkrieg hatte ihn dran gehindert, die Rote Armee nach dem Abzug der Deutschen bei Kriegsende in fremde Länder zu beordern.“

Die Niederlage der Roten Armee vor Warschau (Ende August 1920) machte die Hoffnungen auf einen baldigen „triumphalen Marsch nach Westen“ zunichte, das „kapitalistische“ Polen wurde zum Hauptfeind. Deutschland wurde zum strategischen Partner in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht. „Mit Hilfe der deutschen Technologie und Industrie hoff-

ten die Bolschewiken die ruinierte Wirtschaft Rußlands wiederherzustellen und Sowjetrußland in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht für die künftige Weltrevolution aufzurüsten.“ Ein letztes Aufflackern der Hoffnung auf einen „Marsch nach Westen“ war im Oktober 1923 die vom Politbüro beschlossene „deutsche Revolution“, eine Ausgeburt des Wunsches der bolschewistischen Führer, die „gescheitert war, bevor sie ausbrach“.

Musial widerspricht der These einiger Forscher, daß Stalins Losung vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande den „Verzicht auf den Export der Revolution über die Grenzen der Sowjetunion hinaus“ bedeutet habe. Die Sowjetunion sollte in eine „Basis für die weitere Entfaltung der Weltrevolution verwandelt werden, um die Revolution notfalls mit Waffengewalt selbständig zu verbreiten“. Von den obersten Parteiführern wurde immer wieder eine angebliche Kriegsgefahr beschworen, um einen Vorwand für die massiven Kriegsvorbereitungen zu liefern.

Musial schreibt, daß Stalin und seine Genossen um die Jahreswende 1929/30 endgültig beschlossen hatten, „die freie Bauernschaft in der Sowjetunion zu vernichten und die Bauern in kommunistische Zwangsarbeiter zu verwandeln, die nicht nur die gigantischen Aufrüstungspläne finanzieren, sondern auch als Kanonenfutter für den künftigen Revolutionskrieg dienen sollten“. Die mit der Zwangskollektivierung einhergehende „Liquidierung der Kulakenwirtschaften“ bedeutete „die Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsschicht von bis zu neun Millionen Menschen“. Da die für die Kriegsvorbereitungen benötigten Importe zum größten Teil durch den Export von Getreide finanziert wurden, mußte das in den Dörfern vorhandene Getreide mit großer Brutalität eingetrieben werden, sowohl auf Kolchosen als auch Einzelhöfen. Die Folge war für die Ukraine, die fruchtbarste Republik der Sowjetunion, und die Getreide-

deanbaugelände Südrußlands „die größte Hungerkatastrophe in Europa im 20. Jahrhundert“. Trotz des Massensterbens beschloß das Politbüro, aus der Ernte des Jahres 1932 6,1 Millionen Tonnen Getreide und große Mengen Butter, Eier, Hühner und andere Lebensmittel zu exportieren. Der Autor schätzt die Zahl der Opfer des kommunistischen Terrors in den Jahren 1929 bis 1937 auf 12 Millionen Menschen, wobei die große Mehrheit die Hungertoten stellten.

1930 begann ein gigantisches Programm zur Vergrößerung der Roten Armee und zum Aufbau einer Rüstungsindustrie. Der spätere Marschall und Stellvertretende Volkskommissar für Verteidigung, Tuchatschewski, entwickelte eine von Stalin gebilligte Strategie des Blitz- und Vernichtungskrieges gegen den Westen, in dem Panzerverbände, Luftwaffe und Giftgas eine kriegsentscheidende Rolle spielten. Die Friedensstärke der Roten Armee wurde von 631 616 Soldaten im Jahre 1930 auf 1,7 Millionen im Jahre 1939 erhöht, die Zahl der produzierten Panzer stieg von 79 im Jahre 1930 auf 3 107 im Jahre 1939, die Zahl der produzierten Flugzeuge von 1 149 auf 10 362. Der Mobilisierungsplan sah für 1938 8,3 Millionen Soldaten vor.

Die Rote Armee verfügte 1939 über 21 110 Panzer (Frankreich 3 500, Großbritannien und USA je 1 000, Japan 400 bis 500). Allerdings waren diese (ebenso wie andere Rüstungsgüter) von schlechter Qualität: Sie waren zu langsam, die Panzerung war zu dünn, sie hatten Schwierigkeiten beim Überwinden von Hindernissen im Gelände, die Panzersoldaten und -kommandeure waren schlecht ausgebildet. Das Panzerbauprogramm konnte nur durchgeführt werden, weil ausländische Modelle teilweise nachgebaut wurden und der Umbau von Traktoren zu Panzern eingeplant wurde. Der „Durchbruchpanzer“ KW und der mittelschwere Panzer T-34 gingen erst 1941 in Serie, so daß den

modernen deutschen Panzerverbänden im Sommer 1941 zu 82 Prozent leichte und veraltete sowjetische Panzer gegenüberstanden.

Bis 1935 produzierte die sowjetische Industrie kein Flugzeug, das es mit westlichen Flugzeugen aufnehmen konnte. In diesem Jahr begann die Produktion von modernen Flugzeugen, die jedoch zu einem großen Teil Mängel aufwiesen und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs bereits veraltet waren. Im April 1941 ordnete das Politbüro die Ausrüstung der sowjetischen Luftwaffe mit neuen Flugzeugen an, zu denen die berühmten Typen MiG und JAK gehörten. Ein jahrelang nicht zu lösendes Problem waren Havarien und Katastrophen, bei denen in den dreißiger Jahren über zweitausend Flugzeuge verloren gingen und tausend Piloten ums Leben kamen. Trotz der in der Roten Armee massiv auftretenden Schwierigkeiten wurden 1936 bis 1939 87 Prozent der 1651 höheren Kommandeure (ab Kommandeur einer Brigade) entlassen, von denen 715 erschossen wurden, darunter drei von fünf Marschällen. Im Offizierskorps wurden 63 000 Kommandeure entlassen. Tuchatschewskis Strategie des revolutionären Angriffskriegs wurde trotz seiner Hinrichtung nicht aufgegeben.

Der sowjetisch-finnische Krieg (November 1939 bis März 1940) war für die Rote Armee ein Desaster. Stalin ließ die dabei festgestellten Mängel und Schwächen tatkräftig beheben und setzte die Vorbereitung des revolutionären Angriffskrieges unvermindert fort. Die in der Literatur häufig erwähnte Stalin-Rede vom 5. Mai 1941 (die Niederschrift eines Mitarbeiters des Volkskommissariats für Verteidigung befindet sich im ehemaligen Parteiarchiv) kommentiert Musial mit den Worten, sie lasse sich „nicht anders deuten als mit der Absicht, Deutschland in naher, zugleich jedoch unbestimmter Zukunft anzugreifen“. Aus dem vom Politbüro angeordneten Neu- und Ausbau von Eisen-

bahnlinien und Flugplätzen an der sowjetisch-deutschen Grenze und der Einlagerung von großen Vorräten an Treib- und Rohstoffen, Lebensmitteln und Uniformen mit der Terminsetzung 1. Januar 1942 schließt er, daß der Angriffskrieg im Jahre 1942 beginnen sollte. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 sei jedoch kein Präventivkrieg gewesen, weil die deutsche Seite keinerlei Kenntnis vom Stand der sowjetischen Vorbereitungen auf einen Angriffskrieg gehabt habe.

Der Autor hofft, mit diesem Buch „die noch heute wirkende kommunistische Propaganda von der pazifistischen Außenpolitik der dreißiger Jahre und den Mythos des unschuldigen Opfers des Zweiten Weltkrieges in Frage gestellt zu haben“. Dieser Hoffnung schließt sich der Rezensent uneingeschränkt an.

Otto Wenzel

Koch, Hagen/Lapp, Peter Joachim: Die Garde des Erich Mielke. Der militärisch-operative Arm des MfS. Das Berliner Wachregiment „Feliks Dzierzynski“. Aachen: Helios Verlag 2008, 164 Seiten, 19,90 €.

Lange, zu lange hat es gedauert, bis endlich mal ein Buch über das Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ geschrieben wurde. Nun liefern Peter Joachim Lapp, in den sechziger Jahren politischer Häftling in der DDR, später Redakteur des Deutschlandfunk und seit Jahren als Autor zahlreicher Werke zur Geschichte der DDR bekannt, sowie Hagen Koch, bis 1985 Offizier in eben diesem Wachregiment, erstmals einen detaillierten Überblick. Sicher, für die Beurteilung dessen, was die Stasi als Geheimpolizei war und wie sie funktionierte, mag dieser militärische Zweig nicht bedeutend sein, doch allein das Nichtwissen darum nährte bislang allerlei ziellose Spekulationen über seinen Charakter.

Schon dem Namen nach war es eine ähn-

liche Mogelpackung wie der Mutterverein. Das Regiment hatte in Wahrheit Divisionsstärke. Doch während die „Staatsicherheit“ für massenhafte Verunsicherung sorgte, machte das Regiment zumindest einem Teil seines Titels alle Ehre und (be)wachte die Sicherer vor den Unsicherer. Was war das für ein Haufen? Ein militärischer Verband mit dem – wie wir erfahren – zusammenphantasierten Nimbus einer Prätorianergarde oder eine weltanschaulich durchgeformte Elitetruppe? Alles nur schöner Schein in Steingrau, machen die Autoren klar, die endlich mal ein bißchen Licht unter den Postenpilz bringen. Von Geheimdienstflair keine Spur. Das Exotischste an diesem Verband war wohl allein die bordeauxrote Waffenfarbe an den Uniformen. Das Wacheschieben wurde jedoch mit Kalkül und großem Aufwand zum tschekistischen Kampfeinsatz glorifiziert, um das Personal bei der Stange oder besser bei der Fahne und somit auf dem Posten zu halten. Permanentes Schüren von Angst- und Bedrohungsszenarien in den Soldatenköpfen sollte weniger eine reale „Kampfkraft“ als vielmehr das Absolvieren des kräfte- und nervenzehrenden Normal- und Formaldienstes sicherstellen. Die Gründe für junge Männer, den Wehrdienst in diesem Regiment abzuleisten, waren vielfältig: ein höherer Sold, eine höherwertigere Uniform (aus Offiziersstoff statt der verpönten, kratzenden „Pferdedecke“), ganz Ost-Berlin (und damit potentiell dessen weibliche Einwohnerschaft) als Ausgangsziel statt einer trüben Dorfspelunke im provinziellen Nirgendwo, der sichere Studienplatz. All das lockte zu einem Dienst, der von allem, was das Militär ohnehin nicht zu bieten hatte, noch der langweiligste war. Wer es nie erleben mußte, mag es sich nur mit viel Phantasie vorstellen: „Wache schieben.“ Selbst wenn es sich um ein Regierungsgebäude in der Mitte Berlins handelte, dürfte dies wohl die ödeste Herausforderung des Kalten Krieges gewesen sein. Und das war die vornehmste und wich-

tigste Aufgabe des Gros dieser Einheit: Funktions-, Repräsentativ- und Wohnbauten (zum Beispiel den Wandlitz-Komplex) der Staats- und Parteioberen rund um die Uhr in zermürbenden Wachzyklen zu sichern. Hinzu kamen Absperr- und Sicherungsdienste bei Staatsbesuchen. Da wurde auch schon mal der gute Offizierszwirn beim Durchwühlen von Mülltonnen nach möglicherweise versteckten Bomben beschmutzt. Manchen Rekruten wurde sehr schnell klar, worauf sie sich da eingelassen hatten, und sie versuchten den Absprung. Entsprechend hoch war die Raterederer, die „abkeulten“, wie im Soldatenjargon die Rücknahme der Verpflichtung für eine längere Dienstzeit genannt wurde.

Trotz strenger Vorauswahl durch MfS-Werber – in der Regel konnte sich niemand so mir nichts, dir nichts selbst für einen Dienst im „WR“ empfehlen – war die ideologische Labilität der Wehrpflichtigen kaum geringer als in anderen bewaffneten Formationen. Gleichwohl war dieses Regiment keine normale Militäreinheit. Das verhinderte rein formal schon die enge Bindung an das MfS und rein mental dessen ideologischer Einfluß, der den Soldaten ihre Sonderstellung regelrecht eintrichterte. Am Ende konnten sich die SED-Granden darauf jedoch nicht verlassen. Nicht mal das Offizierskorps entsprach in Gänze dem Ideal des weltanschaulich durchgeformten Schildträgers.

Koautor Koch ist das beste Beispiel dafür, daß die Berufskader vielfach noch weniger zu sagen und zu erwarten hatten als die Wehrpflichtigen. Letztere konnten spätestens nach drei Jahren gehen. Offiziere hatten in der Regel ein Vierteljahrhundert zu dienen. Und Aufstiegschancen in das „richtige“ MfS gab es kaum. Die „Felixe“ sahen sich eher einer gewissen Geringschätzung von seiten des zentralen Personals ausgesetzt, was im Leitungskader der Wacheinheit einen fast krankhaften Ehrgeiz befeuerte, noch besser als die Stasi selbst sein zu wollen. Hagen Koch

bemühte sich viele Jahre vergeblich um die Entlassung aus dem ungeliebten Laden. Seit Jahren ist er einer der verdammt wenigen, die offen-kritisch mit ihrer Rolle darin umgehen. Als Kulturoffizier hatte er, anders als viele seiner Vorgesetzten und auch anders als Berufskader des Regimentes überhaupt, einen mitunter direkten Zugang zu Gedanken und zur Gefühlswelt der Wehrdienstleistenden. So konnte er von – nicht ganz so weit „oben“ – bei aller anzunehmenden Reserviertheit, die zwischen Mannschaften und Offizieren wohl immer bestehen wird, das „WR“ auch von unten sehen. Auf diese Weise blieb ihm die Erosion nicht verborgen. Solche Eindrücke täuschen jedoch nicht über den repressiven Charakter des Regimentes hinweg. Die „Felixe“ waren eine allseits bereite und verfügbare Einsatztruppe; für eine Wachmannschaft recht schwer bewaffnet und mit Einheiten, die auf den Häuserkampf spezialisiert waren. In der Hand eines, wie wir dank überlieferter O-Töne nur zu gut wissen, wenig zimperlichen Stasi-Chefs, und unter einem übereifrig-linientreuen Führungskorps eine gefährliche Waffe, die bei Bedarf auch gegen das Volk hätte eingesetzt werden können.

Das macht dieser Band unmißverständlich deutlich. Vieles darin hätte umfangreicher ausfallen können, etliche Themen werden durch die Kürze der Darstellung notwendigerweise fast nur gestreift. Dazu gehört auch etwas mehr Auskunftsfreudigkeit bei den allzu militärisch knappen Unterschriften, bei dem ansonsten sehr lobenswerten, umfangreichen Bildmaterial.

Tobias Voigt

Fricke, Karl Wilhelm/Klewin, Silke: Bautzen II. Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989. Bericht und Dokumentation. Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 8, 3. durchgesehene und ergänzte Aufl. Dresden: Sandstein Verlag 2007, 320 Seiten, 15,- €.

Hattig, Susanne u.a.: Stasi-Gefängnis Bautzen II. 1956–1989. Katalog zur Ausstellung der Gedenkstätte Bautzen. Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Bd. 13. Dresden: Sandstein Verlag 2008, 240 Seiten, 15,- €.

Das zwischen 1900 und 1904 aus gelben Klinkersteinen errichtete und heute noch betriebene Zuchthaus Bautzen hat in beiden deutschen totalitären Systemen unter der volkstümlichen Bezeichnung „Gelbes Elend“ traurige Berühmtheit erlangt. Weniger bekannt, aber um so exklusiver war die kleinere Strafgefangenenanstalt im ehemaligen Justizkomplex der Oberlausitzer Kleinstadt, die in der DDR-Behördensprache unter der Bezeichnung Bautzen II firmierte. Dieses Hochsicherheitsgefängnis wurde 1956 auf Initiati-

ve des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vorrangig für Verurteilte eingerichtet, die als besonders staatsgefährdend galten. Stellvertretend für die Betroffenen sollen hier nur die Namen des ersten Außenministers der DDR, Georg Dertinger, des Schriftstellers Erich Loest sowie des Regimekritikers Rudolf Bahro genannt werden.

Rein formal unterstand das Spezialgefängnis zwar dem Ministerium des Innern der DDR (MdI), faktisch war aber die Stasi Herr im Hause. Ihr Untersuchungsorgan, die Hauptabteilung IX, nahm unter anderem die Einweisungen vor, kontrollierte den Haftalltag und überwachte die Außenkontakte der Häftlinge. Einige leitende Mitarbeiter der Sonderhaftanstalt hatten eine direkte oder inoffizielle Anbindung beim MfS. Aus administrativer Sicht war Bautzen II zunächst eine Zweigstelle vom „Gelben Elend“. 1963 wurde es dann aus dessen Struktur herausgelöst und erhielt eine eigenständige Leitung. Ab diesem Zeitpunkt wies das MfS auch weibliche Strafgefangene in „ihre“ Vollzugseinrichtung ein. Insgesamt waren dort bis Dezember 1989 2 350 DDR-Bürger, Westdeutsche, West-Berliner und Ausländer – darunter 90 Frauen – inhaftiert.

Mit der stark erweiterten und inhaltlich überarbeiteten Monographie von Fricke und Klewin liegt nun die umfassendste Darstellung des „Prominenten-Zuchthaus“ des SED-Regimes vor. Die Autoren beschreiben zunächst den spezifischen Charakter der Haftanstalt und deren komplizierte Stellung im Strafvollzugssystem der DDR. Falsch ist in diesem Zusammenhang jedoch die Behauptung, daß das MfS über keine eigenen derartigen Einrichtungen verfügte. Damit wird völlig die Existenz des ministeriumseigenen Haftarbeitslagers im Sperrgebiet Berlin-Hohenschönhausen (Lager X) von 1952 bis 1974 ignoriert, welches nach Aufgabenstellung und Häftlingsstruktur gleichfalls einen Sonderstatus besaß.

Weitere Abschnitte des Buches widmen sich ausführlich der inneren Struktur, dem Personal, den baulichen Veränderungen und der Außenwirkung von Bautzen II. Zur Vorgeschichte bis 1956 werden dagegen nur chronologische Grunddaten referiert.

Im Hauptteil der Publikation stellen die Autoren – ein ehemaliger politischer Häftling von Bautzen II und die Leiterin der Gedenkstätte Bautzen – die Lebensbedingungen und den Alltag der Gefangenen dar. Insbesondere hier kommen die ehemaligen Insassen selbst eingehend zu Wort. Nur sie können mit ihren oft sehr individuellen und subjektiven Schilderungen vermitteln, wie die Realität, die Lebenswirklichkeit hinter Gittern wirklich aussah. Leider analysieren Fricke und Klewin nicht, in welchen Untersuchungsgefängnissen des MfS die Verurteilten einsaßen, bevor sie nach Bautzen II kamen. Gleichfalls fehlen hier Angaben über zeitlich begrenzte Verlegungen in andere Haftanstalten, wie zum Beispiel in das Lager X, in das Haftkrankenhaus in Meusdorf oder in die Abteilung Spezialhaftvollzug in Waldheim. Die summarischen Ausführungen über die Zusammensetzung der Häftlingsbevölkerung ergänzen 42 Kurzbiographien politischer Gefangener. Auffällig ist, daß Personen unberücksichtigt blieben, die wegen krimineller Delikte verurteilt worden waren. Im Anhang der Monographie, der auch eine Chronik enthält, sind darüber hinaus normative Dokumente und interne Schreiben des MfS bzw. MdI abgedruckt, die für die Dienstabläufe im „Sonderknast“ maßgebend waren.

Die im September 2006 eröffnete Dauerausstellung „Stasi-Gefängnis Bautzen II. 1956 bis 1989“ orientiert sich in ihrer räumlichen und inhaltlichen Strukturierung weitestgehend an den überlieferten örtlichen Gegebenheiten. Sie besteht aus zwei großen Komplexen. Im Mittelpunkt steht dabei das historische Gefängnisge-

bäude in seiner Doppelfunktion als zentrales, primäres Ausstellungsobjekt und als Ausstellungsraum. Im ersten Komplex werden an 20 Stellen der ehemaligen Haftanstalt die historischen Orte markiert, die für deren Funktionieren von Bedeutung waren und die die Zwangssituation der Insassen verdeutlichen. Glasstelen mit kurzen Erläuterungen leiten die Besucher zu den Zellen, zu den Arbeits- und Freizeitbereichen für die Gefangenen, zu den Diensträumen der Stasi und der Anstaltsleitung sowie zu den Freiganghöfen. In einigen für die Besucher zugänglichen Haftkammern und Funktionsräumen werden mit Hilfe von Hörstationen, Informationstexten und Ausstellungsobjekten die mit der Örtlichkeit verbundenen Sachverhalte thematisiert.

Der zweite Teil der Exposition befindet sich in einem gesonderten Raum und ist so konzipiert, daß er als eigenständige zeit-historische Ausstellung auch außerhalb des ehemaligen Gefängnisses gezeigt werden könnte. Untergliedert in acht Schwerpunkte, befaßt er sich mit der Sonderrolle der Vollzugseinrichtung Bautzen II und geht auf deren spezielle Funktion für das MfS ein. Dazu gehört auch die Darstellung solcher Aspekte des DDR-Repressionssystems wie Entführungen, Untersuchungshaft bei der Stasi und politische Strafjustiz. Als Gestaltungsmittel kommen hier unter anderem dreidimensionale Exponate, Dokumente, Filmausschnitte und analytische Texte zum Einsatz.

Die biographische Komponente – hinsichtlich der ehemaligen Gefangenen von den Ausstellungsmachern als eigenständiger Teil der Exposition verstanden – wurde zum großen Teil dem ersten Komplex am historischen Ort zugeordnet. Die ausgewählten 20 Betroffenenbiographien sollen in Text und Bild einen repräsentativen Überblick über die aus politischen Gründen Verfolgten in Bautzen II vermitteln. In einem Vorführraum können sich die

Ausstellungsbesucher außerdem Filmaufzeichnungen von Interviews mit fünf ehemaligen Häftlingen anschauen.

Der Katalog zur Ausstellung ist mit seinen Texten, Photos und Abbildungen sowie der beiliegenden DVD mit Video- und Hörbeiträgen über Strafprozesse und den Haftalltag eine spezifische Ergänzung der eingangs besprochenen Monographie. Besonders nutzerfreundlich erscheint dem Rezensenten die Publikation durch ein ausführliches Stichwortregister im Anhang.

Peter Erler

Bohlken, Amanda: Die dritte Dimension der Tränen. DDR-Flucht, Haft und Trauma, Heilungswege. Leipzig: Forum Verlag 2007, 278 Seiten, 18,-€.

Im April 1971 wurde Jutta Sorge, damals wissenschaftliche Assistentin des Pädagogischen Instituts in Magdeburg, wegen des „versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts“ zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Als politischer Häftling saß sie 27 Monate in unterschiedlichen Haftanstalten ein. Im November 1972 wurde sie von der Bundesrepublik freigekauft. Ihren Sohn mußte sie in der DDR zurücklassen. Jahre nach dem Urteil schildert Amanda Bohlken ihre Geschichte, die ein Kapitel des SED-Unrechts war.

Amanda Bohlken ist Jutta Sorge. Jutta Sorge, geboren 1945 in Magdeburg, wächst in einer ganz normalen DDR-Familie auf. Nach dem Pädagogikstudium in Magdeburg lernt sie Klaus Bohlken aus Brühl bei Bonn kennen. Beide schreiben sich, und nach einem erneuten Treffen wird mehr aus der Beziehung als nur eine Brieffreundschaft. Jutta Sorge gerät ins Visier der DDR-Geheimpolizei. Ein operativer Vorgang wird angelegt. Der erste Fluchtversuch 1969 scheitert an der Grenze von Ungarn zu Österreich. Mit ihrem Freund plant sie akribisch eine zweite Flucht. In den Abendstunden des 2. September 1970 soll es querfeldein über

die bulgarische Grenze nach Jugoslawien gehen und dann weiter nach Österreich in die Bundesrepublik. Die Flucht über die bulgarisch-jugoslawische Grenze mißlingt und endet im Gefängnis von Sofia. Nach drei Wochen und einem „Sonderflug“ in die DDR landet sie zunächst in einer Zelle mit fünfzehn Mörderinnen. Was danach folgt, ist eine Odyssee durch mehrere MfS-Haftanstalten, endlose Verhöre und Einzelhaft, Drohungen und Folter durch Schlafentzug. Die Autorin schildert im vorliegenden Buch die Stationen ihrer Inhaftierung: Sofia, Magdeburg, Halle/Saale und Hoheneck.

Die Vergangenheit holt sie neun Jahre nach ihrer Freilassung ein – in einer Sportgruppe. Nach der Geburt ihrer Kinder im Westen hat sie das Bedürfnis nach körperlicher Betätigung. Die Trainerin der Frauensportgruppe war nett, auch die anderen Frauen schienen sympathisch. An einem winterlichen Übungsabend laufen die Frauen zum Aufwärmen minutenlang im Kreis. Weil die Unterhaltungen zwischen den Frauen überhandnimmt, ordnet die Trainerin Gleichschritt an und kommandiert immer wieder: „Links, links, links zwei, drei, vier, links [...]“. Vor den Augen der Autorin löst sich die Frauengymnastikgruppe plötzlich in ein Nichts auf und neben ihr erscheinen die früheren Mitgefangenen aus Hoheneck. Statt der Stimme ihrer Trainerin hört sie plötzlich den Kommandoton des Stasi-Vernehmers Unterleutnant Suttinger. „Mein Magen reagiert“, schreibt Jutta Sorge, „Tränen wollen kommen. Nichts wie raus hier!“ Mit aller Heftigkeit wird sie mit den Folgen der Haft, die sie „mein Rucksack“ nennt, konfrontiert. In den folgenden Wochen meidet sie die Sportabende. Als sie die Trainerin zufällig auf der Straße trifft, kann sie über den wahren Grund ihres Fernbleibens nicht sprechen, sondern murmelt nur etwas von „keine Zeit“.

Bis 1989/1990 wiederholen sich ähnliche Szenen. Vergangenheitsbewältigung

bedeutet für die Autorin vor allem „Verdrängen durch Schweigen“. Durch den Mauerfall ändert sich das schlagartig. Mit dem Zusammenbruch der DDR „hat mich der lange Arm der Stasi im Westen gepackt“, schreibt sie, „Wiedervereinigungsdepressionen“ machten sich breit: Herzrasen, Schlafstörungen, Schweißausbrüche, feuchte Hände und immer wieder unkontrolliert Tränen. Eher unfreiwillig beginnt die Autorin sich deswegen mit ihrer Vergangenheit tiefergehend zu beschäftigen. Erste Station auf diesem Weg der Bewältigung ist eine Reise in ihre Heimatstadt Magdeburg. Im März 1990 steht sie vor der ehemaligen MfS-Unterkunftsanstalt Magdeburg. Später wird sie ein zweites Mal dorthin fahren, um durch Meditation in „ihrer“ Zelle die Traumatisierung zu verarbeiten. Die Namensänderung gehört ebenso dazu. Sie beschreibt, wie ihr als „Häftling 3/1“ neben dem Erziehungsrecht für ihr Kind auch der eigene Name „gestohlen“ wurde und wie in den zahlreichen Therapiesitzungen seit 2001 aus Jutta Sorge schließlich Amanda wurde.

Dieses Buch ist mehr als die Rekonstruktion einer mißlungenen Flucht und der folgenden Haftgeschichte. Es ist die Überwindung eines Leidenserlebnisses, über das die Autorin heute öffentlich reden kann. Es gibt viele Möglichkeiten zur Bewältigung der Haftfolgen, lautet eine zentrale These dieses Buches. Hilfe zur Selbsthilfe ist dabei unerlässlich. Die Autorin beschreibt in ihrem Buch Gefühle, Ängste und innere Konflikte während der eigenen Vergangenheitsbewältigung. Die Erfahrung von täglichen Drangsalierungen in der Haft, körperliche Anstrengung bis zur Erschöpfung, Einsamkeit, Ausgeliefertsein, Ohnmacht, aber auch Hoffnungen der Häftlinge stehen im Mittelpunkt dieses Buches. Viele der täglichen Handgriffe, die angeordnete Körperhaltung und andere Disziplinarregelungen sind bei vielen Insassen nach Jahren noch immer präsent und wie in den Körper „eingebrennt“.

Amanda Bohlken bietet mit ihrem Erfahrungsbericht einen möglichen Ausweg zur Überwindung von Depressionen und Verzweiflung an. Hilfe zur Selbsthilfe leisteten in ihrem Fall ein Yoga-Lehrer, die Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur, eine erfahrene Psychotherapeutin und eine Heilpraktikerin. Nach dem Mauerfall plagten sie Haß und Rachedgedanken. Heute spricht sie von Versöhnen und Heilen, vergessen kann sie nicht.

Angela Schmole

Schenk, Günter/Meyer, Regina (Hrsg.): Auch das war die DDR. Zum Verbot der Wissenschaftlergemeinschaft „Spirituskreis“ vor 50 Jahren und zur Revisionismusbekämpfung 1958. Halle: Schenk Verlag 2007, 296 Seiten, 30,- €.

Im 19. Jahrhundert entwickelten sich an vielen deutschen Universitäten informelle Vereinigungen von Professoren, also Gesprächskreise, die mitunter streng abgeschirmt von der Außenwelt einen Kommunikationsstil beförderten, welcher der Pflege einer wertheethisch humanistisch orientierten Denk- und Geistesstradition verpflichtet war. An der Friedrichs-Universität in Halle an der Saale entstand ein solcher Gesprächskreis im Herbst 1890. Am 8. November jenes Jahres trafen sich Gelehrte erstmals in der Wohnung des Althistorikers Eduard Meyer, um sich in regelmäßigen Zusammenkünften über historische, philosophische, theologische, rechtswissenschaftliche und ästhetische Themen auszutauschen und nicht zuletzt auch um auf das Universitätsleben und den zeitgenössischen Wissenschaftsbetrieb Einfluß zu nehmen.

Denn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfuhr die naturwissenschaftliche Ausrichtung an den Universitäten prinzipiell eine Renaissance und eine besondere staatliche Förderung. In Halle entstanden verschiedene Kliniken (zum Beispiel Anatomie, Frauenklinik, Chirurgie)

sowie neue Gebäudekomplexe (Zoologisches Institut, Neubau des Physikalischen Institutes und anderes). Der naturwissenschaftliche Aufschwung fand so auch in einer erheblich erweiterten oder sogar neu entstehenden Bausubstanz sichtbaren Niederschlag und Berücksichtigung. Dieser für die Geisteswissenschaften offenbar bedrohlichen Entwicklung entgegenzutreten, war eines der vordergründigen Anliegen des Halleschen Gelehrtenkreises, den bereits Zeitgenossen als „Vortragskränzchen“ abqualifizierten, wobei der Bezug auf den Dachverband der Schnapsfabrikanten (Spiritus-Kartell) spöttisch hinzugefügt wurde.

Seiner begrenzten Ausrichtung wegen – auf den „Geist“, so Eduard Meyer – festigte sich dann sehr schnell die Bezeichnung „Spirituskreis“ an der Halleschen Universität. An den Universitäten sollte der „Spirituskreis“ in den Jahren bis zur Machtübertragung an die Nationalsozialisten einen nicht unerheblichen Einfluß auf Rektoren, Senatoren und Dekane gewinnen. Viele Rektoren gehörten ihm an, und deren Bemühen um eine Reform der Berufungs-, Habilitations- und Promotionskommissionen waren zum Teil durchaus erfolgreich. Noch vor 1933 gelang es den engagierten „Spiritus-Professoren“ zum Beispiel, die Umbenennung der Friedrichs-Universität in Martin-Luther-Universität durchzusetzen.

Die Geschichte des „Spirituskreises“ von der Gründung in der Kaiserzeit über die Weimarer Republik bis hin zum Nationalsozialismus und den Werdegang der Gelehrtenvereinigung nach dem Zweiten Weltkrieg zeichnet ein umfangreiches zweibändiges Werk von Günter Mühlpfordt und Günter Schenk nach. Einer der beiden angekündigten Nachfolgebände liegt nun seit kurzem vor. Die Herausgeber, Günter Schenk und Regina Meyer, dokumentieren hier akribisch die Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf den unbequemen

Zirkel, der schließlich unter das ideologische Verdikt der „Staatsfeindlichkeit“ fiel und 1958 verboten wurde. Die besondere Brisanz erhält die Publikation durch den aufgezeigten Handlungsspielraum im wechselseitigen Zusammenwirken von herrschender Staatspartei und deren „Schild und Schwert“, dem Staatssicherheitsdienst. Dabei kommt es den Herausgebern insbesondere darauf an, das unter Ulbrichts Machtentfaltung sich ausbreitende Nomenklatursystem zu beleuchten und die Rolle einzelner verantwortlicher Parteifunktionäre herauszustellen. Deren ideologische Dominanz bestimmte, prägte und begrenzte letztlich auch den Rahmen der geheimdienstlichen Zersetzungspraxis gegenüber den „bürgerlichen Professoren“, die der Gleichschaltung in Form einer einheitlich ausgerichteten Universitäts- und Wissenschaftspolitik entgegenstanden.

Die Aufgabenstellung der Partei an das MfS war folgendermaßen: die Grundlagen zu schaffen, um nonkonforme Professoren zu vertreiben und deren bürgerliche Existenz zu zerstören, sie jedoch nicht unbedingt zu verhaften. Das hätte international womöglich zu großes Aufsehen erregt. Das MfS hat mit einer umfangreichen und differenzierten „operativen Bearbeitung“ der Mitglieder des „Spirituskreises“ viele seiner Ziele erreicht. Zugleich orientierte die Zersetzungsstrategie des Geheimdienstes auf die Bekämpfung von Abweichlern, Opportunisten und Revisionisten – ein Prozeß, der bis zum Ende der DDR anhalten sollte. In einem abschließenden Teil der Publikation werden beispielhaft Betroffene dieser „Säuberungsaktionen“ und „Revisionismusbekämpfung“ innerhalb der SED vorgestellt. Einer von ihnen ist Günter Mühlpfordt selbst.

Die MfS-Akten zum operativen Vorgang (OV) „Ketzer“, der das Ziel hatte, den „Spirituskreis“ an der Halleschen Universität zu zerschlagen, werden von den

Herausgebern quellenkritisch aufgearbeitet und mit bezug auf die „staatlichen Maßnahmen auf Ulbrichts Geheiß“ kommentiert. Damit liegt die erste umfassende Dokumentation über das Schicksal von „Spiritus-Professoren“ in der Zeit der zweiten Diktatur auf deutschem Boden vor. Ihre Repression, Beobachtung und geheimdienstliche Infiltration begannen nicht erst mit der „ununterbrochenen Serie von SED-Rektoren seit 1951“. Der von den Herausgebern erwähnte Universitätsrektor Eduard Winter, der seit 1941 Mitglied der SS und noch kurz vor Kriegsende 1945 im berüchtigten SD (Sicherheitsdienst) der Nazis in Prag aktiv war, wechselte nach Kriegsende die Seiten, um für den sowjetischen Geheimdienst zu arbeiten, zunächst in Österreich. Ob und welche Informationen Winter über den „Spirituskreis“ nach Moskau meldete, darüber liegen bislang keine Informationen vor. Eine neue wissenschaftliche Heimat fand der ehemalige Hallesche Universitätsrektor 1951 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Auch dort stand der Osteuropa-Experte nicht nur in universitären Diensten. Wie schon in Halle spionierte Winter für geheime Dienste, nunmehr für die DDR-Auslandsspionage.

Über Jahre standen die Protagonisten des „Spirituskreises“ in Halle – unabhängig von führenden Repräsentanten der Universität – im Fadenkreuz einer permanenten Überwachung, sei es durch SED-Nomenklaturkader und/oder durch die Berichte geheimdienstlicher Informanten. Vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden Veröffentlichungen über das Wechselspiel der Parteiführer in Ostberlin und in Moskau und dem Einsatz von Doppelagenten in der DDR (seinerzeit im Dienste Ulbrichts und Stalins) dürfte in Zukunft noch manches Überraschende zum „Spirituskreis“ ans Licht kommen – nicht nur, was die Rolle von Eduard Winter betrifft, sondern etwa auch die von Leo Stern.

André Gursky

Schumacher, Ernst: Ein bayerischer Kommunist im doppelten Deutschland. Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers in der DDR 1945–1991. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, in Zusammenarbeit mit der Akademie der Künste, Berlin; hrsg., eingeleitet und kommentiert von Michael Schwartz. München: R. Oldenbourg Verlag 2007, 720 Seiten, 29,80 €.

Wie sein Idol Bertolt Brecht stammt Ernst Schumacher, Jahrgang 1921, aus Oberbayern, aus katholisch-ländlichem Milieu. Er wurde als Soldat an der Ostfront schwer verwundet, konvertierte vom Katholizismus zum Kommunismus, studierte in München Germanistik und Philosophie, entdeckte die Werke Brechts und promovierte 1953 bei Hans Mayer in Leipzig, da einer wie Brecht in München noch unerwünscht war. Schumachers Dissertation „Die dramatischen Versuche Bertolt Brechts 1918–1933“ erschien 1955 in Ost-Berlin als Buch und war Anfang der siebziger Jahre in West-Berlin ein Geheimtip unter linksradikalen Brecht-Germanisten, da hier des Dichters anarchistisch-expressionistisches Frühwerk konsequent am Dogma des Sozialistischen Realismus ausgerichtet wurde.

Schumacher war und ist ein „bekennender Kommunist“. Er kämpfte zunächst in seiner bayerischen Heimat und in den Reihen der KPD für eine bessere und gerechtere Welt. Als nach dem Verbot der Partei 1956 seine Lage immer schwieriger und zudem ein Haftbefehl wegen illegaler Parteiarbeit gegen ihn erlassen wurde, setzte er sich 1962 nach Ost-Berlin ab, wo aus dem Fundamentaloppositionellen und gesellschaftlichen Außenseiter ein Etablierter wurde, eine wissenschaftliche und kulturpolitische Größe, ein mit Orden und Preisen dekoriertes Brechtforscher, Professor der Humboldt-Universität und einflußreicher Theaterkritiker der *Berliner Zeitung*. Er war der SED-Herr-

schaft eng verbunden und bewahrte bis zuletzt Loyalität und Parteidisziplin.

Nach eigenem Bekunden hat Schumacher sich immer als „Gesamtdeutscher“ und „Weltbürger“ gefühlt, was ihm insofern nicht schmerzlich sein dürfte, als er das Privileg der Reisefreiheit besaß und ihm nahezu alle Grenzen offenstanden. Durch das plötzliche Ende der DDR sah er sich als Anhänger einer gescheiterten Sache gedemütigt: Man wählte ihn aus der neuen, gesamtdeutschen Akademie der Künste ab und kürzte seine Rente, so daß er wieder Theaterkritiken schreiben mußte – nun aus materiellen Gründen. Die vorliegende Publikation präsentiert auf fast 670 Seiten Aufzeichnungen aus vier Jahrzehnten, überwiegend in Form von persönlichen Jahresrückblicken: „faszinierende Innenansichten des SED-Staates“ – so der Herausgeber Michael Schwartz, der Schumachers Manuskripte mit einer ausführlichen Einleitung und zahllosen Fußnoten versehen hat, in denen der Leser sich immer wieder verfängt, weil der immense Fleiß des Herausgebers jene angekündigten „reichhaltigen Quellen zur DDR-Kulturgeschichte“ zutage fördert, die man bei Schumacher vermißt. Denn statt der „faszinierenden Innenansichten“ sind es meistens nur die bekannten Geschichten vom Jahrmarkt der Eitelkeiten ostdeutscher Kulturschaffender und Funktionäre. Mitunter amüsant zu lesen, auf die Dauer allerdings ermüdend. Zumal Schumacher Zweifel an der Überlegenheit seiner Sicht der Dinge nicht zuläßt. Nur von der hohen Warte der „Weltanschauung“ des Marxismus-Leninismus aus sei die Welt erklärbar und veränderbar. Diese ist übersichtlich in Gut und Böse eingeteilt. Die Bundesrepublik ist ein Staat, in dem die „Türöffner Hitlers“ herrschen, während in der DDR die gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus beseitigt sind und der Sozialismus aufgebaut wird.

Schumacher war zunächst ein Stalinist,

der des großen Diktators Säuberungen und Hinrichtungen mit markigen Sätzen verteidigte: „Die Revolution entledigte sich der Nachgeburt, die, wenn sie zu lang im Leibe ist, zur Fäulnis wird und tötet.“ Doch mit den Jahren wuchs das Unbehagen am realen Sozialismus und machte einem kritischeren Blick auf die Wirklichkeit Platz. Allerdings nur in den nicht zur Veröffentlichung bestimmten Aufzeichnungen. Für oppositionelle Aktivitäten steht offensichtlich zuviel auf dem Spiel: Schumacher gehört zur „Aristokratie“ des Landes, er darf es verlassen und sich die Welt anschauen, ist glücklich verheiratet mit einer jungen, attraktiven Frau und besitzt ein Sommerhaus in Schwerin (Brandenburg) am Teupitzsee.

Vom privaten Glück, von Privilegien und Wohlstand ist immer wieder die Rede – aber auch vom Heimweh nach Bayern und von Depressionen. Schumacher gibt sich auch als ein Leidender zu erkennen. Er leidet an den Unzulänglichkeiten des Sozialismus, an der Stagnation der Künste. Die großen Experimente, die eigentlich dem Sozialismus gemäß wären, würden anderswo gemacht, beispielsweise an der Schaubühne in West-Berlin. Dabei würde er nie auf den Gedanken verfallen, das Theater brauche zu seiner Entfaltung gerade jene von ihm so verachtete „bourgeoise Freiheit“. Er sympathisiert zwar mit Ulrich Plenzdorf und Heiner Müller, die er auch als Kritiker unterstützt, aber daß Einar Schleaf und B. K. Tragelehn nach ihrer heftig angefeindeten Inszenierung von Strindbergs „Fräulein Julie“ am Berliner Ensemble 1972 Berufsverbot bekommen, findet er durchaus in der Ordnung. Experimente also nur im Rahmen des Sozialistischen Realismus.

Als nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 viele Künstler die DDR verlassen, notiert er, die Stimmung sei so schlecht wie nicht einmal in den schlimmsten Zeiten unter Ulbricht, doch sei dieser deformierte Sozialismus besser als gar

keiner, „denn wenn keiner mehr da ist, kann man auch keinen mehr reformieren“. So hofft er am Schluß darauf, daß Gorbatschow den Sozialismus noch einmal retten werde und auch in der DDR Reformen stattfinden mögen. Aber den Gefallen tut ihm Gorbatschow nicht, und die DDR kehrt „heim ins Reich“ – so seine Formel für die Wiedervereinigung. Allerdings ist er nicht zu verbittert, um nicht auch zu erkennen, daß die Kommunisten selbst den Boden bereitet haben für diese Wende der deutschen Geschichte.

Für Schumacher gab es keinen Grund, in die Opposition zu gehen oder gar die DDR zu verlassen. So etwas tun in seinen Augen nur Verräter oder labile Existenzen. Besonders hart geht er mit der „Davonläuferin“ Sarah Kirsch ins Gericht: „Der wohlgepolsterte Narzissmus, das kunstvolle Aufdenstrichderöffentlichkeitgehen in der Nachfolge der Lasker-Schüler, das Tiefsinnigtun [...]“

Gelegentlich kokettiert er mit seiner Mittelmäßigkeit und bekennt, beim Betrachten des Films „Amadeus“ habe er sich in der Figur des Salieri wiedererkannt, jener mittelmäßige, aber mächtige Komponist, der aus gekränkter Eitelkeit, daß Gott nicht ihn, sondern Mozart auserwählt hat, das wahre Genie vergiftet. Andererseits erweckt Schumacher gern den Eindruck, Intrigen und Feindschaften der sozialistischen Salieris hätten ihn daran gehindert, seine großen Ambitionen zu erfüllen: die Begründung einer neuen Theaterwissenschaft als Theorie der darstellenden Künste oder als Lyriker und Theater- und Filmautor groß herauszukommen.

Schumacher wird nach dem Mauerfall kein „Wendehals“. Er bleibt Kommunist aus Trotz, davon überzeugt, daß, auch wenn der reale Sozialismus untergegangen ist, die Idee einer gerechten und besseren Welt weiterleben werde. Nach der Wende bleibt er, wie viele SED-Mitglieder, in der PDS, die er aber 1996 verläßt.

Vermutlich war sie ihm zu sozialdemokratisch geworden.

Man möchte Ernst Schumacher, dessen Schriften über Brecht man selbst oft mit Interesse und Gewinn studiert hat, den Respekt vor seiner Lebensleistung nicht versagen. Aber mit der Veröffentlichung dieser Textmassen samt ihren gelehrten Fußnoten hat er sich und uns keinen Gefallen getan. Eher stellt sich großes Unbehagen ein: Ist ihm wirklich nicht mehr an Weisheit abzuverlangen? „Sein“ Brecht hingegen war wenigstens in jungen Jahren hellichtig: „Wenn die Irrtümer verbraucht sind/Sitzt als letzter Gesellschafter/Uns das Nichts gegenüber.“

Gerold Ducke

Zwahr, Hartmut: Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und „Prager Frühling“. Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970. Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 25. Bonn: Dietz-Verlag, 434 Seiten, 28,- €.

Was haben DDR-Bürger 1968 über den „Prager Frühling“ gedacht, was haben sie in diesem Zusammenhang getan, geredet, erfahren? Selbst Zeitgenossen wissen wenig darüber zu sagen, aber nicht nur, weil nur wenige spektakuläre Aktionen bekanntgeworden sind wie etwa die Flugblattaktion der Söhne Robert Havemanns, die auch Hartmut Zwahr in seinem Tagebuch erwähnt und deren Hintergründe erst kürzlich Florian Havemann in seinem voluminösen Buch *Havemann* beschrieben hat.

- „Ein ganzes Volk lügt, weil es so gewollt ist. Wer die Wahrheit nicht hören will, muß sich mit der Lüge begnügen. Unsere Menschen leben mit zwei Auffassungen, sie sind Meister darin, in den Betrieben heuchelt man, in der Partei. Ein Teil ist blind ergeben, der andere ist feige oder zu klug und heuchelt.“

- „Wir wollen nicht westliche Verhältnisse! [...] Was wir brauchen, ist eine sozia-

listische Politik zur Erhaltung der DDR, eine Verbindung von Sozialismus und Demokratie, wie sie in der ČSSR im Entstehen begriffen ist.“

- „Wo sind bei uns Kontrollorgane gegenüber der Partei?“

- „Das beste wäre einer einfachen Tätigkeit in irgendeinem Betrieb nachzugehen und zu warten.“

- „Diese Politik gefährdet den Sozialismus, weil sie die Jugend abstößt.“

- „Notizen sind eine Willens- und Mutsache.“

- „Der Kirchenabbruch [der Leipziger Universitätskirche, J. G.] zeigt, wie es um uns steht.“

- „Die Arbeiterklasse der Dokumente [...] ist ein abstraktes Gebilde, in dessen Namen die Politik der persönlichen Macht durchgeführt wird.“

- „Die Deformationen festhalten, das ist alles, mehr geht nicht.“

- „Diese irrsinnige Schießerei an der Mauer, wo soll das hinführen?“

- „Die Persönlichkeit zerfällt in zweierlei Ich und löst sich dabei allmählich ganz auf.“

- „Aber ich kann festhalten, wie der Mensch verdirbt, [...] im entwickelten System verkümmert.“

- „Wenn ich [...] die Stelle sehe, wo die Kirche stand, kommen mir Zweifel an allem.“

- „In diesen Tagen geht es [...] um die Sache des Sozialismus, der ein zweites Ungarn mit seiner moralischen Lebenskraft bezahlen würde.“

- „Und wir müssen zusehen, ich muß zusehen.“

- „Die Tschechen und Slowaken verkörpern die höhere Stufe des Sozialismus, auch wenn Berlin geifert.“

- „Ich muß froh sein, wenn diese Zeilen niemand findet.“

- „Wir hatten wieder einmal geschwiegen.“

- „Sie (Paul Fröhlich z. B.) wüten hier in Worten wie die Faschisten.“

- „Dieser Prager Revisionismus ist in

Wirklichkeit die Zukunft des Sozialismus.“

- „Jeden Satz könnt ich widerlegen, aber man muß sich den Mund zukleben, es wäre eine sinnlose Tat. Dafür aufklären im Kreise der Bekannten und Freunde, ihnen zersetzende Fragen mitgeben.“

- „Stell dir vor, da reißt einer ein Straßenschild ab, da stellen sich doch gleich zweie daneben, die es beschützen, während dich der dritte anzeigt.“

- „Auch eine Verladerampe [die Musterrungen zum längeren NVA-Dienst, J. G.]“

- „Die es besser wissen, machen den Mund nicht auf, die es nicht besser wissen können oder [...] wollen, haben ihn ständig offen oder reißen ihn unverschämt auf.“

- „Diesen Menschen beschreiben, heißt das entwickelte System kritisieren.“

- „Ich fühle mich Ich, wenn ich in dieses Buch schreibe.“

- „Deutschland wird sozialistisch werden, aber erst, wenn das, was in der ČSSR begann, international Gewicht erlangt haben wird.“

- „Die total manipulierten, aber nicht an der Macht beteiligten Menschen werden die Wende bringen.“

- „Es war ein schrecklicher, aber kein sinnloser Tod [die Selbstverbrennung Jan Palachs, J. G.]“

- „Aber viele haben nicht mal Mut zu schweigen.“

- „Ich trage das Bonbon nie, weil es in den Augen des Arbeiters nur ein Bonbon ist [das Parteiabzeichen, J. G.]“

- „Wir werden vor uns ebenso erschrecken wie unsere Eltern vor dem [...] Gesicht des Faschismus.“

- „Wir können den Sozialismus nicht mit westlichen Mitteln aufbauen, auch eine Konsumentenideologie heranzüchten.“

- „Dubceks Weg bleibt ein Modell, [...] vielleicht in Frankreich, Italien.“

- „Machst du den Mund richtig auf, sperren sie dich ein.“

- „Es war gut, dass in Erfurt ‚Willy Brandt ans Fenster‘ gerufen wurde [...]

also sind wir noch nicht ganz zu hölzernen Figuren geworden, als die wir uns oft fühlen.“

- „Der Fehler im Protokoll gab Raum für ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Einheit der Nation, zu der wir uns bekennen müssen, ohne an der historischen Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten zu rühren.“

Sätze aus einem Tagebuch, das während seines Entstehens und auch fast zwei Jahrzehnte danach versteckt bleiben mußte, weil es den Verfasser in der DDR nicht nur seine Parteimitgliedschaft und seine Stellung an der Sektion Geschichte (über deren Gründung Hartmut Zwahr im Tagebuch ausführlich berichtet) an der Karl-Marx-Universität in Leipzig hätte kosten, sondern ihm auch sicherlich ein paar Jahre Gefängnis hätte einbringen können.

Es zeigt auf eindrucksvolle Weise, in welcher selbstzerstörerischen Zerrissenheit die meisten Menschen in der DDR lebten und wie mancherlei Selbsttäuschung dabei Trost in aller Trostlosigkeit vermittelte.

Auch Hartmut Zwahr hoffte darauf, daß es dem Sozialismus gelingen könnte, sich mit dem Freiheitswillen des Menschen zu versöhnen, auch er ließ sich vom Prager Frühling begeistern, der ihm half, zumindest inneren Abstand zum Breschnew- und Ulbricht-Sozialismus zu finden. Ja er wünschte sogar, daß Gustav Husak, der ja immerhin Jahre im stalinistischen Kerker verbracht und entscheidend zum Sturz Novotnys beigetragen hatte, die Hoffnungen des Prager Frühlings wenn schon nicht erfüllen, doch wenigstens nicht zerstören würde. Diese Hoffnung hat er immerhin in einigen seiner über 800 redaktionellen Anmerkungen, die die Veröffentlichung erklären und begleiten, als verfehlt korrigiert. Ebenso wie er die damals weitverbreitete Annahme korrigiert, daß ganze NVA-Einheiten mit in die ČSSR einmarschiert seien. Wie lange er

aber noch an den „wirklichen“ Sozialismus glaubte, werden wir wohl erst erfahren, wenn er über seine Existenz an der Universität in den siebziger und achtziger Jahren erzählt.

Zwahr's Tagebuch ist aber nicht deswegen spannend zu lesen, weil es den kundigen und unkundigen Leser fragen läßt, warum hat sich er sich das alles zugemutet, die endlosen Parteiversammlungen, die Gewerkschaftsversammlungen, die Mobilisierungen zum Volksentscheid zur DDR-Verfassung, zu den „Wahlen“, die Diskussionen zur Hochschulreform, die Aufmärsche zum 1. Mai und zum 7. Oktober und anderes, sondern weil immer wieder die reale Welt in dieses Parteileben sich einmischt, die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig, der Besuch Willy Brandts in Erfurt oder auch nur die permanenten Versorgungsprobleme in der DDR, etwa mit Kohlen.

„Eure Rede sei ja, ja oder nein, nein, alles darüber hinaus ist von Übel“, zitiert einmal Zwahr's Vater in einem Brief an seinen Sohn die Bergpredigt. Hätte er sie nur genauer gelesen, es wäre ihm manches (nicht) erspart geblieben.

Zwa(h)r gedacht, aber nüschts gemacht.

Joachim Goertz

Grimmling, Hans-Hendrik / Liebermann, Doris: Die Umerziehung der Vögel. Ein Malerleben. Autobiographie. Halle/Saale: Mitteldeutscher Verlag 2008, 288 Seiten, 24,90 €.

Als im Oktober 1979 die Dokumentation *Die ungehorsamen Maler der DDR* von Edda und Sieghard Pohl herausgegeben wurde, hatte sich der Wirbel um die Ausbürgerung des kritischen Kommunisten Wolf Biermann im Westen inzwischen beruhigt, so daß die Kulturpolitik in der DDR bereits wieder nur noch Experten interessierte. Die beiden Autoren dokumentierten an zahlreichen Beispielen „Anspruch und Wirklichkeit der SED-Kulturpolitik 1965–1979“.

Die vorliegenden Erinnerungen des unangepaßten DDR-Malers Hans-Hendrik Grimmling führen diese vorgezeichneten Linien weiter und beleuchten Hintergründe der siebziger und achtziger Jahre. Dabei trägt der Familienhintergrund des 1947 in Zwenkau bei Leipzig geborenen Grimmling zur Anschaulichkeit seiner Erinnerungen bei. Seine kleinbürgerliche Kindheit in der DDR, Jahre im Heim oder die Reibungen mit dem Vater, werden immer auch vor dem Hintergrund des späteren Künstlerdaseins reflektiert. Das Düstere findet sich in frühesten Kindstagen und begleitet Grimmling, ähnlich wie das Motiv der Vögel, als schwarze „Farbe“ sein weiteres Leben hindurch. Zum Malen hat er früh gefunden, und wie er es geschafft hat, auch während seiner Dienstzeit in der Nationalen Volksarmee an der Malerei festzuhalten, gehört zu seinen eindrucklichsten Beschreibungen. Kurz vor Studienbeginn hat Hans-Hendrik Grimmling geheiratet: „Unsere kleine Tochter überließen wir nach einem sträflichen Versuch mit einer Wochenkinderkrippe der wöchentlichen Obhut der Großeltern. Aus heutiger Sicht eine typisch ostzonale Entwicklung, frühe Ehe, frühe Elternschaft, frühe Signale des Scheiterns.“

Nach der dritten Bewerbung war Grimmling endlich an der Hochschule für Bildende Künste in Dresden angenommen worden, um dann doch nur ein Jahr zu bleiben. Ihn lockte der Wechsel zur Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst, „damals das Aushängeschild für eine, wie mir schien, interessantere DDR-Kunst“. Der Hauch der internationalen Messestadt, welcher Leipzig umgab, hatte gerade zu DDR-Zeiten seinen eigenen Reiz. Die Messen boten eine, wenn auch beschränkte Begegnung mit der Welt und nicht zuletzt auch für Studenten Möglichkeiten, Devisen zu verdienen.

In Leipzig lehrten unter anderen die exponierten Maler und SED-Mitglieder Wolf-

gang Mattheuer, Bernhard Heisig und Werner Tübke. Der unpolitische Grimmling wurde Schüler in der Klasse Mattheuer: „Mattheuer war näher, moderner. Es war etwas auf den Bildern wie: Das passiert gerade, das begreife ich jetzt.“

Freilich behagte dem Temperament des Hans-Hendrik Grimmling die Eingebundenheit in den „sozialistischen Biedermeier“ wenig. Er wurde exmatrikuliert und mußte zur Bewährung seine „Bindung zur Arbeiterklasse“ unter Beweis stellen. Mit Genugtuung registriert Grimmling, daß es ihm gelungen war, bei seinen proletarischen Auftragsarbeiten den üblichen sozialistischen Kitsch zu vermeiden.

Es gelingt Grimmling in seinen Erinnerungen, Hintergründe und Umstände eines unangepaßten Malerlebens in der DDR eindrucksvoll darzustellen. Neben wüsten Studentenorgien beschreibt er auch Charaktere und Lebensgeschichten von Mitstudenten, deren Bahnen sich zum Teil später wieder kreuzen sollten. Ein loser Kreis unangepaßter Künstler unter dem Namen „Tangente“ hatte immer wieder Schwierigkeiten, Bilder in Ausstellungen zu präsentieren. Zu einem Husarenstreich in der Geschichte der nicht-offiziellen DDR-Malerei war es 1984 gekommen. Unter der Bezeichnung „1. Leipziger Herbstsalon“ hatten sechs unabhängige Maler – Lutz Dambeck, Günter Firit, Hans-Hendrik Grimmling, Frieder Heinze, Günther Huniat und Olaf Wegewitz – im Messehaus am Leipziger Markt ganz offiziell eine Etage gemietet und dort ihre Bilder ausgestellt. Entgegen der üblichen Praxis entschieden sie in eigener Regie über die auszustellenden Bilder. Diese Art von Unabhängigkeit hatte damals den Spitzel- und Funktionärsapparat in höchste Aufregung versetzt – der Fall kochte hoch bis zum Politbüro und wurde als „konterrevolutionär“ eingestuft.

Der sich schon lange abzeichnende Bruch mit dem Künstlerdasein in der DDR führte 1986 zur Ausreise aus der DDR. Daß

sich ein Charakter wie Grimmling in West-Berlin nicht kritiklos eingefügt hat, versteht sich von selbst.

Diesen bisweilen expressiven Erinnerungen kommt zugute, daß es sich die Kofautorin, Doris Liebermann, seit langem in vielen Features und Beiträgen zur Aufgabe gemacht hat, auf nichtangepaßte Künstler und Maler der DDR aufmerksam zu machen.

Daß im vereinten Deutschland die ehemaligen Maler-Funktionäre wie Willi Sitte oder Werner Tübke wieder in der ersten Reihe auftraten, erbost ehemalige Querdenker wie Hans-Hendrik Grimmling. Dabei ist die Paarung westlicher Ahnungslosigkeit mit östlicher Kaltschnäuzigkeit so neu nicht. Bereits in den siebziger Jahren hatten im Zeichen der Entspannungspolitik Ausstellungen offizieller DDR-Kunst stattgefunden, ohne daß auf die Behinderungen und Schikanen kritischer Künstler in der DDR hingewiesen worden war.

Die vorliegenden Erinnerungen mit dem Wortspiel im Untertitel „Einmalerleben“ zielen auch auf diese Erinnerungslücke!

Volker Strebel

Schöne, Jens: Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2008, 175 Seiten, 9,80 €.

Bereits seine Dissertation widmete Jens Schöne im Jahr 2004 der Kollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft. Analysierte er in dieser theoriegeleitet das Wechselverhältnis zwischen der „sozialistischen Umgestaltung“ der DDR-Landwirtschaft und Krisen der DDR wie dem Mauerbau, beschreibt er im hier vorzustellenden Buch die Bodenreform und die anschließende Kollektivierung der Landwirtschaft für ein breiteres Publikum.

In fünf chronologischen Kapiteln sowie einer Einleitung und einem Fazit macht

Schöne anhand vieler regionaler Vorgänge und einschlägiger Fotos die Vergenossenschaftlichung der ostdeutschen Landwirtschaft greifbar. Daß es landwirtschaftliche Genossenschaften bereits vor Bodenreform und Zwangskollektivierung auf ostdeutschem Boden gab, legt der Autor differenziert in einem interessanten Exkurs dar. Möglicherweise einer von vielen Gründen dafür, daß eine Massenbewegung, welche die Bodenreform forderte, ausblieb. Dies führte zur administrativen Durchsetzung der Bodenreform durch die sowjetische Besatzungsmacht. Wie brutal dabei mit Gutsbesitzern umgesprungen wurde, beschreibt Schöne detailliert anhand von neuen Beispielen.

Auch auf die der Bodenreform folgenden Kollektivierung der Landwirtschaft, die parallel in Ländern wie Polen oder Ungarn (wenn auch mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen) stattfand, wird im Buch näher eingegangen. Am 3. Juni 1952 befaßte sich das SED-Politbüro erstmals mit der Zwangskollektivierung. Als aber deutlich wurde, daß die SED-Führung für ihr Kollektivierungsziel keine Mehrheit unter der Landbevölkerung finden würde endete dieser auf Freiwilligkeit basierende Kollektivierungsversuch laut Schöne deshalb mit dem 10. Plenum des ZK der SED im November 1952.

Die im Februar 1953 verabschiedete „Verordnung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und der Versorgung der Bevölkerung“ legitimierte den darauf folgenden gewaltsamen „Klassenkampf“ auf dem Lande. Dieser Kurs stieß in zahllosen Dörfern auf breite Ablehnung und eskalierte am 17. Juni 1953. Der Volksaufstand, der auch auf viele Dörfer übergriff, führte zu Modifizierungen des Vorgehens der SED.

Damit war der erste gewaltsame Kollektivierungsversuch zwar gescheitert, dies

brachte aber keinen Politikwechsel. Wie bereits in seiner Dissertation zeigt Schöne, daß die SED-Führung in Berlin Motor der Kollektivierungspolitik war. Weder der erste Kollektivierungsschub der Jahre 1952/53 noch der folgende „sozialistische Frühling“ des Jahres 1960 sind auf andere zentrale Akteure, wie etwa Moskau, rückführbar. Dieser zweite Kollektivierungsschub folgte vielmehr einer weiteren Direktive der SED-Führung. Sie hatte dazugelernt und vollzog den Abschluß der Kollektivierung ausschließlich als obrigkeitstaatliche Gewaltmaßnahme. Diese hatte ihren Höhepunkt im Februar 1960, als Einsatzbrigaden die letzten „freien Bauern“ in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zwangen: Damit war die Grundlage für die endgültige Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft geschaffen.

Gegen das Fortwirken der Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft in der EU-Agrarpolitik richtet sich das lesenswerte Vorwort des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Michael Beleites, in dessen Schriftenreihe dieses Buch erschienen ist. Während in den achtziger Jahren die durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgröße in der Bundesrepublik 17,8 Hektar betrug, lag sie in der DDR bei 4 636 Hektar. Im Verein mit ostdeutschen Bauernverbänden und Parteivertretern zementiert die europäische Agrarbürokratie jedoch derartige Strukturen und nennt en passant LPG-Nachfolgebetriebe verfälschend „bäuerliche Mehrfamilienbetriebe“. Der Vorsitzende des Sächsischen Verbandes der Nebenerwerbslandwirte bezeichnete dies im Jahr 2007 als „Propaganda im Geiste der Kollektivierungstrupps der ehemaligen DDR“. Daß dies historisch gerechtfertigt ist, zeigt Schönes Buch deutlich.

Christoph Wunnicke